

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Wegpreis mit den Wochenbeilagen „Hörner der Woche“ u. „Spottvogel“ durch die Post 2.40 M. Vierteljahr durch Post 7.20 M. — frei Haus monatlich. (Ersch. wochentl.)
Eingeh. 10 Pf. Sonntags 20 Pf. Geschäftsst. 4 (Hausl.) u. G. 4 (Hausl.)
38. — Im Falle d. B. (Gernalt (Ersch. wochentl.) besteht kein Anspr. auf Lieferung od. Rückvergütung.

Nr. 79 Freitag, den 3. April 1925 165. Jahrgang

Höpker - Alshoff hat verzichtet, Braun erneut gewählt.

Die Regierungskunst als widerliches Possenspiel.

Das Bündnisproblem in Preußen mit dem demokratischen Verlegungsminister Dr. Höpker - Alshoff ist zu Ende. Er hat sich pflichtmäßig, wie er sich wählen ließ, nun auch wieder selber zum Opfer gebracht, um der Weimarer Koalition zum zweitenmal aus ihren Räten zu helfen, und macht auf seine Wahl zum Ministerpräsidenten und macht den Platz frei für einen Größeren und Kräftigeren, für Herrn Otto Braun. Der soll also heute zum zweiten Male gewählt werden und, da er kein Vertrauensvotum bekommen wird, im Grunde genommen widerrechtlich das Steuer des preussischen Staatsfisches führen, bis nach der unermesslichen Neuwahl sich dann eine neue Situation ergibt.

Damit hat das Zentrum vor den Macht-Ansprüchen der Sozialdemokratie kapituliert. Es hat sich zwar mit dieser Kapitulation die sozialdemokratische Unterhaltung seiner Reichspräsidentenwahlkandidatur Marx erlaubt, geht aber in den zweiten Wahlgang als Leibes-eigene dieser religiösen und christentumsfeindlichen Gesellschaft. Das Zentrum bezieht der Sozialdemokratie den Preis für die Unterhaltung der Kandidatur Marx in der durch die Wahl Brauns zum Ministerpräsidenten. Es selber aber bekommt von ihr einen höchst schmerzlichen Wechsel auf den 26. April, weil es sich zum zweiten Male über die Wahl Brauns zum Ministerpräsidenten mit dem Zentrum zu einem nicht unbedeutenden Teil gegenüber einer Kandidatur Marx verhalten werden. Es ist ein herlich schlechtes Geschäft, von der moralischen Seite ganz abgesehen, das das Zentrum mit seinem gewaltigen Koalitionsgenossen gemacht hat. Es hat sich aus seiner Endgasse nicht wieder herausgefunden und wird sich nicht ohne schwere Beschädigungen verlassen.

führendes Ministerium aufzulegen hat, vermischen wir auf das stärkste. (Sehr wahr! rechts.)
Die die neue Verfassung geschaffen haben, tragen ihr eigenes Werk zu Grunde!
Wir erkennen je länger je mehr, daß das Zentrum gewillt ist, eine feste Antiorientierung weiter zu fördern. Wir haben von jenseitigen Zweifeln gelassen, daß wir bereit sind, ein unparteiisches Ministerium zuzusetzen, obgleich das Volk in den letzten Wahlen immer deutlicher den Wunsch Ausdruck gegeben hat, daß ein

Orientierung der Regierung nach rechts erfolgen sollte. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch in der Mitte und links.) Dieser Weg ist möglich gewesen, wenn nicht auch hier wieder das verwerbliche parteipolitische Interesse alles ruiniert hätte. So wird in Preußen dieser unmögliche Zustand weiter aufrechterhalten, daß wir schließlich gar keinen Ministerpräsidenten haben. Ein überparteiliches Ministerium wäre aber durchaus möglich. Das Volk hat genug von den „altruistischen“ marxistischen Erregungsstoffen. Wir wiederholen deshalb unseren

Antrag: Auflösung und Neuwahlen. (Beifall rechts.) Wir sind der Überzeugung, daß das Deutsche Volk allmählich im steigenden Maße erkennen wird, daß der Parteipolitikismus nicht die geeigneten Wege weist, um es aufwärts zu führen. Wir leben deshalb Neuwahlen mit Zuversicht entgegen. (Beifall rechts.) Wir verlangen, daß diese Möglichkeit bald und zwar zum 26. April, zugleich mit den Reichspräsidentenwahlen, gegeben wird. Mit Gottes Hilfe wird es uns gelingen, den Weg in eine bessere Zukunft zu finden. (Anhaltender Beifall rechts, großer Lärm links.)

Finanzminister Dr. Höpker-Alshoff wird von der Rechten mit beständlichem Lärm empfangen, in dem der Anfang seiner Rede völlig untergeht. Er führt andauernd von Lärm und Widerspruch der Rechten unterbrochen, etwa folgendes aus:

Auch von der Opposition wird anerkannt werden, daß die Notverordnungen zweifellos notwendig gewesen sind. (Marx nimmt seinen Sitz auf der Regierungsbank ein.) Die Regierung war gezwungen, jeden durch die Verfassung gebotenen und gebotenen Weg zu beschreiten, um die Staatsbedürfnisse nicht zum Erliegen kommen zu lassen. Die Rechten von der Rechten, daß die Regierung verfassungsmäßig vorgegangen ist. Er hat sich darauf berufen, daß ein „geschäftsführendes“ Ministerium zu diesem Vorgehen nicht berechtigt war. Wenn er in diesem Zusammenhang behauptet, daß das Gutachten des Justizministeriums mit Rücksicht auf einen bestimmten Zweck abgegeben worden ist, so ist das eine unehrliche Verleumdung. (Beifall links.) Einer Staatsregierung, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, ist nicht zugemutet werden, auf eine Ostrakation Rücksicht zu nehmen, die die Staatsnötigkeiten hintertreibt. (Beifall rechts.) In der Mitte und links. Auch wenn die Parteien der Weimarer Koalition im künftigen Ausmaß die Mehrheit der Rechten hätten, hätten die Herren von der Rechten die Verantwortung dafür wohl nicht übernommen, die Notverordnung zu Falle zu bringen.

Das Staatsministerium hat getan, was seine Pflicht war. Nachdem die breitere Koalition, die über drei Jahre die preussischen Geschäfte geführt hat, nicht mehr vorhanden ist, ist es die Pflicht des geschäftsführenden Ministeriums für die Staatsnötigkeiten zu sorgen. (Beifall rechts.) Zwischen dem Abg. Epstein (kon.) und Huber (kon.) entwickelt sich eine Art Faustkampf.)
Abg. Leinert (Soz.) weist darauf hin, daß auch Finanzminister Dr. von Ritter für die Beschädigung von Zierruvorlagen gewesen sei, als der Landtag nicht versammelt war. Der Vorwurf der Verantwortlichkeit trifft gerade die Opposition, da sie die Geschäfte des Landtages leitete.

Abg. Dr. Leidig (D. Vp.): Abgeordneter Leinert hat eine sehr mißliche Behauptung gehalten, um weiß nur nicht, für wen. Die Möglichkeit, daß der Staatsgerichtshof sich gegen das Staatsministerium aussprechen kann, hätte auf jeden Fall vermieden werden müssen. Die Staatsnötigkeiten hätte das verlangt. Die Gelege können auch heute nur auf verfassungsmäßigem Wege durch das Plenum erledigt werden.

Die Beratungen werden abgebrochen.

Zwielag 12 Uhr Wahl des Ministerpräsidenten und Verleberberatung Schuppengesetz und Grundschule.

Die heutige Sitzung.

Die heutige Sitzung des preussischen Landtages wurde gegen 12.30 Uhr eröffnet. Es wurde sofort in die Tagesordnung eingetreten, auf der als erster Punkt „Wahl des Ministerpräsidenten“ steht. Die Abstimmung war namentlich und wurde sofort vorgenommen. Es wurden 432 Stimmen abgegeben. Ein Zettel war unbeschrieben, ein weiterer ungenügend. Die absolute Mehrheit der verbleibenden 430 Stimmen beträgt 216. Davon entfielen auf Braun 220, auf Dr. Peters 170 Stimmen. Der Kommunist Bied erhielt 40 Stimmen. — Das Ergebnis der Wahl wurde bei den Mittelparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Kommunisten machten Lärm. Braun ist somit zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt.

Die auswärtige Lage.

Von Gouverneur z. D. Heinrich Schnee, M. d. R.

Die auswärtige Lage Deutschlands ist außerordentlich schwierig, aber doch nicht ohne Möglichkeiten zu einer günstigeren Entwicklung, als sie der bisherige friedlose Zustand geboten hat. Die Sicherheitsfrage beschäftigt nach wie vor die Kabinete der beteiligten europäischen Staaten. Die Verhandlungen werden sehr langsam und schwierig sein. Ihr Ausgang ist unklar. Was aus Paris über den Standpunkt der französischen Regierung bekannt ist, klingt nicht gerade vertrauensfördernd. Der Ministerpräsident Herriot hat vor der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten Erklärungen abgegeben, nach denen die französische Regierung über den Sicherheitsfrage geeignete Grundlage für Verhandlungen über den Sicherheitspakt betrachtet, aber eine Reihe weiter darüber hinausgehender Forderungen erhebt. Insbesondere sollen feinerliche Abänderungen der Ohrenzunge eintreten dürfen, falls nicht Polen selbst eine solche Abänderung im Interesse seiner eigenen Sicherheit als mindestens erklärbar (1). Auch soll keine Ausdehnung Deutschlands in Mitteleuropa (Osterrück) erfolgen, sowie überhaupt keine Abänderung des Versailles Vertrages in irgendeiner Beziehung. In den Bestimmungen über die Rheinlandbesetzung soll keine Abänderung eintreten. Es liegt auf der Hand, daß für Deutschland diese Punkte, insbesondere derartige Bestimmungen für die Disziplin, wie sie die Franzosen fordern, unannehmbar sind. Andererseits ist es klar, daß die Vorkläge betr. der Belgien nur unter der Voraussetzung gemacht sind und aufrecht erhalten werden können, daß damit wirklich ein Friedenszustand und besonders die Befreiung der deutschen besetzten Gebiete erreicht wird. Andernfalls werden solche Abänderungen die Lage unseres Vaterlandes nicht verbessern, sondern verschärfen.

Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird von Frankreich nach wie vor als notwendige Voraussetzung für seine Teilnahme an einem Sicherheitspakt angesehen. Auch in dieser Angelegenheit haben noch schwierige Fragen der Lösung, vor allem die der Mitbestimmung des Artikels 16 der Völkerverfassung betr. Teilnahme an militärischen Zwangsmaßnahmen des Völkerbundes und Gewährung des militärischen Durchzugsrechts sowie die der Übertragung von Kolonialmandaten an Deutschland.

Die gegenwärtig in Berlin stattfindende koloniale Woche lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit wiederum auf die koloniale Frage. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther und der Außenminister Dr. Stresemann haben in erfreulicher Weise ihr Interesse daran bekundet und ihre Unterstützung von der Notwendigkeit deutschen Kolonialbesitzes zum Ausdruck gebracht. Es ist jetzt bei den Verhandlungen über den Sicherheitspakt und über event. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für die von ihnen geleitete Regierung der Augenblick gekommen, dieses Interesse und diese Unterstützung in die Tat umzusetzen. Bereits in seinem Memorandum vom Ende vorigen Jahres, in dem die Voraussetzungen für einen solchen Eintritt in den Völkerbund dargelegt waren, hatte Dr. Stresemann die Übertragung von Kolonialmandaten auf Deutschland zur Sprache gebracht. Seitdem ist in der Öffentlichkeit nichts weiter darüber verlautet; insbesondere sucht man in den täglich die Spalten der Zeitungen füllenden Nachrichten über die Sicherheitsfrage und den Völkerbund vergeblich nach einer Erwähnung dieser für Deutschland ungeheuer wichtigen Angelegenheit. Sie muß aber bei einem etwaigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund unbedingt in positiverem Sinne geäußert werden. Es wird Sache unserer Regierung sein, bei den Verhandlungen mit den hauptbeteiligten Regierungen in England und Frankreich — Garantie für die Übertragung von Kolonialmandaten auf Deutschland zu erlangen. Es handelt sich dabei um eine Lebensfrage für das überbevölkerte Deutsche Reich, dessen Boden nur imstande ist, etwa zwei Drittel unserer Bevölkerung zu ernähren. Es handelt sich aber auch, und diesem Argument werden sich die Mitglieder des Völkerbundes nicht entziehen können, um eine Frage der Gleichberechtigung, welche nach den vorliegenden Nachrichten Deutschland grundsätzlich zugestanden werden soll.

Die Forderung Deutschlands erscheint um so begründeter, als die Forderung der kolonialen Schuldfrage, mit der die Alliierten die Unterstellung der deutschen Kolonien unter ihre Mandatsverwaltung begründet haben, längst erloschen ist. Auch das große Völkergedächtnis von Deutschland als Kriegsschuld wird durch das schändliche Verhalten der Alliierten, Deutschland entlastenden und die wüsten Abenteurer der Materialisten immer weiter für den wüsten Abenteurer der Materialisten in die Situation in der Kriegsschuldfrage wirkt eine Veröffentlichung in dem Märzheft der vielgelesenen amerikanischen Zeitschrift „The American Monthly“, in der über den Abbruch der Arbeiten der Zentralkommission für die neutrale Erforschung der Ursache des Weltkrieges berichtet wird. Die Kommission hat ihre Tätigkeit eingestellt, ohne ihre Aufgabe erfüllt zu haben, angeblich aus Mangel an Mitteln, die ihr bisher aus Amerika zugeflossen sind. Ueber die wüsten Gründe hat sich ein Mitglied der Kommission dahin ausgesprochen: „Trotz eifrigster Unternehmung sei die Kommission nicht in der Lage gewesen, den geringsten Anteil Deutschlands an der Kriegsschuld nachzuweisen. Sie habe die Unterlegung in der Hoffnung

Die für Donnerstag 12 Uhr anberaumte Plenarsitzung des preussischen Landtages wurde auf den Vorschlag des Präsidenten Bartels bis nachmittags 3 Uhr vertagt.
Vizepräsident Dr. Kries eröffnet die neue Sitzung 3 Uhr 15 und gibt das folgende Schreiben des Ministers Dr. Höpker-Alshoff an den preussischen Landtag bekannt:
Sehr verehrter Herr Präsident! Ich beehre mich Ihnen mitteilen, daß ich die Wahl zum Ministerpräsidenten, die gegen meinen Willen erfolgt ist, nicht annehmen kann. Mit vorzüglicher Hochachtung für Ihre ergebene Höflichkeit.
Weiter wird ein Schreiben des Ministerpräsidenten Marx verlesen, in dem dieser mitteilt, daß er vor 12 Uhr nicht im Landtag anwesend sein könne.
Der Eintritt in die Tagesordnung bezieht sich auf die Mitteilung, daß der Ministerpräsident erkrankt wurde, sofort zu erscheinen, damit er sich wegen seines Verfallens des verantworten. Der Antrag auf Besprechung findet die genügende Unterfertigung.
Abg. Bied (kon.) nimmt auf die neue das Wort und erklärt, das Haus müsse endlich den Mut aufbringen, sich anzufügen. Die anderen Fraktionen seien nur die Handwerker der Bourgeoisie, deren Geschäft hier betrieben würde. Die verantwortlichen Parteien würden schon den erforderlichen Druck ausüben, damit eine Meinungs erfolge.
Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein.
Besprechung der vom Staatsministerium mit Geheimschrift erlassenen Notverordnungen.
Der ständige Ausschuss zugestimmt hat.
Es handelt sich um die Verordnungen über die Verlangung der Wahlzeit der Provinziallandtage und Kreisräte, über die Abänderung der Grundsteuer sowie der Gemeindeförderung und die dritte Steuerreform u. a. m., die insbesondere eine Erhöhung der Haussteuer zum Gegenstand haben.
Abg. v. d. O. (Antl.): Die von dem ständigen Ausschuss des Landtages beschlossenen Notverordnungen sind für durchaus verfassungsmäßig.
Um dieser unserer Ansicht den genügenden Nachdruck zu geben, haben wir einen Antrag an den Staatsgerichtshof eingereicht, diese Verordnungen ebenfalls für verfassungswirksam zu erklären. Wir haben das heute beschlossen, daß die von Friedrich des Großen Zeiten von den Gerichten eingenommene Stellung auf heute noch dieselbe ist, und daß Recht Recht bleibt. Der Verbandsminister Freundt ist durchaus begründet, daß die Geltung des Landtags im Einverständnis mit der Regierung und in der Pflicht vorgenommen worden ist, die im Plenum nicht durchzubringenden Gesetzentwürfe von der anwesenden Mehrheit im händlichen Ausschuss durchbringen zu lassen. (Sehr richtig.) Im händlichen Ausschuss ist das harte Wort „Schließung“ gefallen. Ich will das hier nicht wiederholen, aber es widerspricht durchaus dem Geiste der Verfassung, die Gesetze auf diesem Umwege zu verabschieden. (Sehr wahr!) Man hat erklärt, man könne nicht warten, bis die normale Gesetzgebung wieder einsetzt. Wir betreten aber die Notwendigkeit.
Die Argumente des Ministerpräsidenten sind nicht stichhaltig. Das Staatsministerium hat sich einer klaren Pflichterfüllung schuldig gemacht und das Gesamtteil von dem, was eine verantwortliche Regierung tun sollte, (Sehr richtig! rechts.) Es muß endlich Lösung gemacht werden, die richtigen Zustände! Die Herren, die sich ein geschäfts-

berlängert, irgend etwas zu entdecken, denn bei den augenblicklichen Zuständen der öffentlichen Meinung sei es nicht angängig, ein Ergebnis zu veröffentlichen, das Deutschland völlig entlaste. Dies Urteil eines amerikanischen Kommissionsmitgliedes hat trotz des Abdrucks der Untersuchung die allergrößte Bedeutung für die Kriegsgeschichte. Der Vorgang läßt aber gleichzeitig erkennen, wie sehr die durch die läugerliche Kriegspropaganda erzeugten irrigen Vorstellungen über Deutschlands Kriegsgeld in den Köpfen der Massen in Amerika eingewurzelt sind. Wir dürfen demgegenüber in dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage Stellung unter den freien Nationen nur dann wieder erlangen, wenn alle Lügegebäude zerfallen und die öffentliche Meinung der Welt über die Wahrheit aufgeklärt wird.

Im Verhältnis zwischen Sowjetrußland und Japan beginnt sich der am 21. Januar in Peking geschlossene Vertrag auszuwirken. Der japanische Gesandte in Moskau, Sato, hat sich nach Moskau begeben, um die lange unterbrochen gewesenen diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen. Er hat die große Bedeutung des russisch-japanischen Vertrages hervorgehoben, der sich auf alle Gebiete der Politik und der Wirtschaft weiter auswirken werde. Zweifellos hat dieser Vertrag eine kaum zu überschätzende Wichtigkeit, vor allem für die künftige Entwicklung der Dinge im Fernen Osten. Es werden aus diesem Vertrage noch weitere Einzelheiten bekannt, die auch für europäische Verhältnisse unmittelbare Bedeutung erlangen können. So hat Japan sich verpflichtet, den Vertrag von 1920 nicht zu ratifizieren, durch den Rumänien Ansprüche auf das früher zu Ausland gehörige Bessarabien anerkannt werden. In der Massenfrage hat sich Sowjetrußland auf den der amerikanischen und englischen Haltung entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Es gewährt den Japanern, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, volle Eigenständigkeit, die volle Gleichberechtigung mit den eigenen Untertanen, in Bezug auf Privatbesitz, Handel usw. Wenn diese Vertragsbestimmungen auch unter den bolschewistischen Regime in Bezug auf Kämpferwerb und anderes nicht dieselbe praktische Wirkung haben, die sie in anderen Ländern erlangen würden, so ist doch diese grundsätzliche Gleichstellung mit den Angehörigen einer an den Stufen des Zean angrenzenden Hauptmacht der weißen Rasse von größtem Wert für die Japaner, welche bisher vergeblich versucht haben, von den angelsächsischen Nationen eine Aufhebung der gegen sie gerichteten Ausnahmebestimmungen zu erlangen.

Die Vorbereitungen des zweiten Wahlganges.

Der gestrige Tag war wieder völlig von Verhandlungen der Parteien der Weimarer Koalition über die Krisis in Preußen und über die Kandidatur für den zweiten Wahlgang am 26. April ausgefüllt. Der Reichsausschuß der Sozialdemokratischen Partei ist gestern nachmittags gemeinsam mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur endgültigen Entscheidung darüber zusammengetreten, ob die Sozialdemokratie eine gemeinsame Kandidatur Marx mit Zentrum und Demokraten unterstützen soll, oder ob wieder die Kandidatur Braun proklamiert werden soll.

Die Bedingungen, die die Sozialdemokratische Partei für eine Unterstützung der Kandidatur Marx gestellt hat — sie beziehen bekanntlich in der Garantie für eine vierjährige Ministerpräsidentenschaft von Braun in Preußen und in der Garantie für den Sturz von Luther nach einer Wahl von Marx — sind vom Zentrum noch nicht angenommen. Die Sozialdemokraten haben dagegen noch eine weitere Bedingung gestellt: Marx soll nicht als Kandidat des Zentrums, den die Sozialdemokratie unterstützt, ange stellt werden, sondern als Kandidat der Weimarer Koalition, der sich auch zu entsprechenden sozialdemokratischen Tendenzen bekennt.

Man hielt es daher in parlamentarischen Kreisen gestern für zweifelhaft, daß die so oft vorausgesetzte Einigung der Parteien der Weimarer Koalition zustandekommt. Dazu kommen Schwierigkeiten in Preußen, wo das Zentrum entgegen allen Nachdrängen einer Wahl von Braun noch nicht zugiebt. Auch die Demokratische Partei ist durch die Forderungen der Sozialdemokratie in große Schwierigkeiten geraten. Die Entscheidung des sozialdemokratischen Reichsausschusses wird der erste Schritt zur Klärung sein. Der Reichsausschuß der Demokraten tagte gleichfalls gestern im Reichstag seit 2 Uhr. Der Reichsausschuß des Zentrums tritt erst heute zusammen.

Die Gerüchte über neue Kandidaturen des Reichsausschusses sind in Preußen und in anderen Teilen mit dem Ergebnis der Verhandlungen des Reichsausschusses überein und stehen auf Anregungen einfacher parlamentarischer Kreise. Bevor nicht eine Entscheidung der Sozialdemokratie vorliegt, wird sich das Zentrum nicht entscheiden können, und vor einer Entscheidung des Zentrums werden alle übrigen Parteien und Verbände ihre Entscheidung nicht bekanntgeben können.

Kaufhandelsstellen.

29. März 1925. Sozialdemokraten und Demokraten bringen bei der Reichspräsidentenwahl zusammen 9,2 Millionen Stimmen für Braun und Helfpass auf.

30. März 1925. Die Morgenausgabe des Zentralorganes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der „Vorwärts“, bietet die 7,8 Millionen Stimmen der Sozialdemokraten mitbestimmt zum Verkauf an. Die Abendausgabe der demokratischen Wähler Berlins greifen den Kaufhandelsgegenstand bei selber auf und werden die 1,5 Millionen demokratischer Stimmen ins Geschäft.

31. März 1925. Der Kaufhandel beginnt auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Angebotes, das folgendermaßen lautet: In Preußen wird eine Regierung der Weimarer Koalition unter Führung des Sozialdemokraten Braun gebildet. Am Reich Weimarer Koalition mit Marx. Die Sozialdemokratie wird an den neuen Regierungen entsprechend Berücksichtigung und die Stärke befestigt, d. h. sie stellt nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Offiziere.

Das Geschäft wäre beinahe sofort zustande gekommen. Der Reichspräsidentenwahl des Zentrums ist dafür, aber die Preisbefreiung des Zentrums hat Bedeutung. Es kommt zu einem Zwischenhandel. Der Demokrat Höpfer, als ob er nicht zum Ministerpräsidenten gewählt und begibt sich auf Reisen, um der Entscheidung bis zur endgültigen Lösung ausweichen zu können.

1. April 1925. Den ganzen Tag wird getuschelt. Es findet eine gemeinsame Besprechung der Zentrumsfraktionen im Reich und in Preußen statt, über deren Ergebnis folgende Meldungen in der Öffentlichkeit auftauchen: Das ursprüngliche Geschäft kommt zustande, Braun wird Ministerpräsident in Preußen, Dr. Höpfer-Alhoff kehrt rechtzeitig zurück, um zu erklären, daß er die auf ihn gestellte

Rücktritt Clementels — De Moncie sein Nachfolger.

Paris, 3. April. Der französische Finanzminister Clementel ist zurückgetreten.

Der „Matin“ hat von Clementel eine lange Erklärung erhalten, in der es unter anderem heißt, er habe sich durch die Worte, die der Ministerpräsident gestern auf der Tribüne des Senats gesprochen hätte, verletzt gefühlt. Er hätte eine unzufassende Erklärung über die Finanzpolitik abgeben wollen, um endlich den umlaufenden Gerüchten über eine Inflation entgegenzutreten. Der Kabinettsrat hätte sich dagegen ausgesprochen. Er habe aber trotzdem eine genaue Erklärung abgegeben, da die direkten Fragen verschiedener Senatoren auf ihn zurückzuführen waren. Er habe sich daher erklart und den Charakter der geplanten Währungsreform präzisiert. Da habe der Ministerpräsident persönlich eingegriffen und seinem lebhaften Bestreben Ausdruck gegeben. Der Senat hätte aber sein Verhalten als durchaus klar und loyal angesehen. Nach dem Eintreten Herrisots gegen ihn habe er nicht mehr die nötige Autorität, um sein Amt beizubehalten.

Der Kabinettsrat ist heute morgen um 5 Uhr erst zu Ende gegangen. Die Beratungen dauerten sechs Stunden. Nach offiziellen Communiqués wird die Demission Clementels angenommen und De Moncie zu seinem Nachfolger ernannt. Die in der Nacht damit entstandene Krise ist hierdurch gelöst. Herrisot hat erklärt, daß ihm Ministerratsmitgliedern völlig fern lägen. Man hat in parlamentarischen Kreisen daher den Eindruck, daß ein Umschwung zugunsten des Kabinetts eingetreten ist, den die Ernennung des neuen Finanzministers vollziehen hat. Senator De Moncie ist bisher ein überzeugter Gegner der Währungsreform des Kabinetts gewesen und hat sich entschieden gegen die Aushebung der Vertretung beim Vatikan ausgesprochen.

Aufstand in Südafrika.

London, 3. April. „Daily Express“ meldet aus Kapstadt, daß sich in der früheren deutschen Kolonie Südwelafrika hochgehender Unruhe verbreitet haben. Die Aufständischen sind mit modernen Feuerwaffen ausgerüstet. Die Rebellen haben hundertfünfzig Pistolen mit sechs Maschinengewehren an Ort und Stelle entsandt. Außerdem werden alle verfügbaren Truppen zusammengezogen, um die Aufstandsbezugung niederzulegen. Die Führer des aufständischen Stammes haben telegraphisch den Vorkämpfer um seine Intervention ersucht. Gleichzeitig werden die Aufständischen von dem Betschuanen, dem Botschafter und dem Botschafter ein

Ein über 100 m hoher Schornstein eingestürzt.

10 Tote, 3 Verletzte.

Die über 100 Meter hohe Giebel des Maschinen- und Kesselhauses der Sächsischen Brauereibetriebe in Böhlen bei Bötza ist gestern nachmittags gegen 5,30 Uhr aus bisher noch unangeklärter Ursache zusammengeplatzt. Mehrere in der Nähe beschäftigte Arbeiter wurden von den Trümmern begraben.

Die Preisfelle der Sächsischen Werke teilt mit: Donnerstags nachmittags 5,30 Uhr stürzte ein von außen fertiger Schornstein, bel dem die innere Futtermauer bis auf die letzten 40 Meter fertig war, plötzlich ein. Dabei sind leider 10 Schornsteinmänner tödlich verunglückt, außerdem auch zwei Maurer leicht und einer schwer verletzt. An der Bergung der Verunglückten wird gearbeitet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgelegt. Die Untersuchung durch die zuständige Stelle ist im Gange.

In den späten Abendstunden konnten erst zwei Schwere verlegt geborgen werden. Am die Verunglückten zu bergen, werden umfangreiche Zerstörungen am unteren Teile des Niefenschornsteines, der einen Durchmesser von 9 Metern hat, nötig sein.

Explosionsunglück in einer Automobilfabrik.

Arnstadt, 3. April. Heute morgen gegen 10 Uhr erfolgte in der Automobilfabrik Arnstadt ein gewaltiges Explosions. Unter weichen vernehmbarer Detonation stog das Kesselhaus in die Luft, eine bisher noch nicht ermittelte Anzahl von Arbeitern unter sich begraben. Es ist neben Schwerverletzten auch mit Toten zu rechnen. Die Aufräumarbeiten sind im vollen Gange. Nach einer weiteren Meldung ist das Unglück darauf zurückzuführen, daß der Kessel des Heizapparates explodierte. Bis jetzt wurden 15 Verwandte festgehalten.

Zugujammenstoß.

Leipzig, 3. April. Auf dem Bahnhof Leipzig-Neustadt ist heute nacht der Durchgangszug 7149 auf den Durchgangszug 6737 infolge Ueberrfahrens des auf „Galt“ gestellten Signals auf. Der Oberbahnführer Ernst wurde getötet, der Schaffner Mathies verletzt. Der entstandene Schaden ist sehr erheblich.

Zu dem Unglück an der Meier.

Hannover, 3. April. In der von der Oberbaubehörde vielfach und dem zuständigen Richter des Landgerichts vorgenommenen Untersuchung der getränkten Miere wurde festgestellt, daß das getrunke Material sich im einwandfreien Zustande befand. Die vielfach verbreitete Meinung, daß das Unglück durch Auseinanderbrechen der Miere entstanden sei, ist hierdurch einwandfrei widerlegt. Diefelbe Feststellung hat der vom Reichswehrministerium mit der Untersuchung betraute General Ludwig gemacht.

Aus Stadt und Umgebung.

Vor Öftern.

Das Östertier steht vor der Tür: es bringt so liebe Erörterungen mit an die Zeit, wo man ein Kind war und dieses fest der erwachenden Natur reiflos auskostete, da waren grade die Schulen geschlossen und man jauchzte in Freiheit. Wenn auch die Jenur nicht so ausgefallen war, wie man gewünscht hätte — man wäre ja nicht jung, wenn man sich nicht gern und leicht verliebt hätte! Und dann hätte man es an den Östertieren zu denken, der es nicht nicht nehmen läßt, um diese Zeit schon lange, ehe er die bunten Eier für die Kinder bringt, in den Schaufenstern der Proben davon auszustellen, bunte Kunstwerke aus Zucker und Schokolade, an denen kein Kind vorüber kann. Wollten ich so reich an Stimmungen. Der erste Spaziergang ins freie hinaus mit dem Wind auf ruhende Weiden und fröhliche Wälder, das Atem in frischer Luft, die Wärme der neuen Sonne machen das Leben lebenswerter und schön, daß man wohl in den Ruf ausbricht: es ist jetzt eine Lust zu leben! Die stille Wöde hat begonnen, wenn Palmarmarum anbricht. Auch die, welche keine Zusammenkunft mit der Straße hatten, fühlen doch, daß es etwas Besseres mit sich bringt; jeder Tag scheint uns zu sagen: das ist ich für dich, was tut dir für mich? Und wer noch etwas in seinem Herzen zu sein verliert, der findet darin die Runen jener Wunderart am Kreuz, weil ihm das Leben verwandt geworden ist durch die vielen Enttäuschungen und die bittere Not. Hier aber ist Leben, das die Not lindert und den Tod bricht. O ihr schönen Vorosterstage!

Wohnungsnotverordnung für den Stadtkreis Merseburg.

Der Magistrat läßt uns den Text der neuen Wohnungsnotverordnung für den Stadtkreis Merseburg zugehen. Diese ist auf Grund des Reichsgesetzes vom 26. Juli 1923 durch Ermächtigung seitens des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt festgelegt. Sie enthält 22 Artikel, die größtenteils keinerlei Bestimmungen an den bürgerlichen Willen und legen diesbezügliche Anweisungen an die Hausbesitzer und Vermieter fest. Das Verfügungsrecht für unbenutzte und freiwerdende Räume wird näher begrenzt, die Begriffe, Dienstwohnungen, Wohnwohnungen und Doppelwohnungen erläutert. Hier ist die Anwartschaft der von anderen als Wohnräumen und von öffentlichen Gebäuden von ebenfalls Bestimmungen enthalten. Wichtig ist, daß das Mieteneingangsamt einen Zwangsmitvertrags festsetzen kann, wenn kein Mietvertrag zwischen dem Mietaufsuchenden und dem Veräußerungsberechtigten innerhalb der 1. Woche zustande gekommen ist. Der Wohnungsmieter unterliegt der amtlichen Anweisung. Die Wohnungen, die durch den Einbau neuer geheizter Räume unterliegen den Bestimmungen dieser Bekanntmachung nicht.

Sitzung des Provinzialparlamentes.

Nachdem erst vor kurzem die Provinziallandtagsabgeordneten Fiedler und Doranuth ihren Austritt aus der kommunalistischen Partei erklärt haben, wird jetzt das gleiche von dem Abg. Magabanz (Magdeburg) bekannt. In der gestrigen Sitzung des Provinzialparlamentes wurde der Landesparlamentarier bekannt, die notwendigen Ausgaben der Provinzialverwaltung zu leisten, da damit zu rechnen sei, daß der Landtag nicht so bald zusammentrete. — Weiter wurde die Landesparlamentarier ermächtigt, die im Haushaltsplan vorliegenden Bauten (im Betrage von etwa 3,2 Mill. Mark) im Angriff zu nehmen. Endlich wurde beschlossen, die Provinzialumlage zu vermindern und 14 Prozent festgelegt war, um 12 Prozent zu ermäßigen.

Der Schwarz-rote Kuhhandel fertig.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 3. April. Der Parteiausschuß des Zentrums trat heute vormittag im Reichstage zu einer Sitzung zusammen. Nach einem kurzen Referat des Parteivorstandes Marx und des Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, Preutenbach, wurde einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Der Reichsparteiausschuß der Deutschen Zentrumspartei billigt einmütig die Weisung, die am 31. März und am 2. April vom Reichsparteivorstand gefaßt wurden, und beschließt, die Weisung des Reichsparteivorstandes Marx auch für die Wahl am 26. April aufrecht zu erhalten.

Noch keine Entschcheidung des Reichsausschusses.

Vom Reichsblot wird mitgeteilt: Der Reichsblot hat am Donnerstag vormittag in Anwesenheit von Vertretern aller angelsächsischen Parteien und Verbände und in Anwesenheit von Vertretern der Deutschhannoveraner und des Bayerischen Reichsausschusses eine neue Beratung abgehalten, deren Inhalt für streng vertraulich erklärt wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Dr. Jarres irrtümlich im Laufe des heutigen Tages in Berlin eintreffen kann. Der Termin einer weiteren Beratung hängt von der Ankunft Dr. Jarres' in Berlin ab. Der Reichsblot ist wieder mit dem Zentrum noch mit der Demokratischen Partei in Verhandlungen eingetreten. Es hat aber im Hinblick auf die Bedingungen eine unzulässige Fühlungnahme von im Reichsblot vertretenen Parteien mit der Bayerischen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokratischen Partei ergeben. Diese Verhandlungen haben beschämenderweise gar kein Ergebnis gehabt, da sich das Zentrum nicht, sich nach rechts schulen, nachdem es sich auch nach links die gehen noch nicht hat festlegen können.

Dr. Jarres kandidiert wieder.

Berlin, 3. April. Oberbürgermeister Dr. Jarres wieder als Preisverleiher auf dem Weimarerfeld, da er sich nicht mehr als ihn ergangen auf des Reichsblot Folge leisten würde.

Dr. Jarres in Berlin.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 3. April. Dr. Jarres ist in Berlin eingetroffen, um an den wichtigen Besprechungen, die in den nächsten Tagen im Reichsblot stattfinden, teilzunehmen.

Jarres soll proklamiert werden.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 3. April. Die Preisfelle der Deutschen Volkspartei fordert sofortige Aufhebung der Kandidatur Jarres für den zweiten Wahlgang. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ verweist auf die Zustimmung im Volke, die kürzlich an Jarres festhalte. Wenn jetzt in verschiedenen Kreisen der Name Hindenburg genannt werde, so wäre hierzu zu bemerken, daß Hindenburg nicht in diesen Kampf gezogen werden dürfe.

Die Deutschnationalen für Steuererleichterungen.

Berlin, 2. April. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat sich mit Steuerfragen. Es wurde grundsätzlich beschlossen, zur Erleichterung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Heraushebung der neuerreichten Einkommensgrenze und für die Befreiung anderer den Mittelstand, Gewerbe und Landwirtschaft bedröckender Steuerlasten einzutreten.

Letzte Depeschen

Die Stellung Frankreichs zur Abrüstungskonferenz.

(Eigene Radiomeldung.)

London, 3. April. In englischen politischen Kreisen, so liest der "Daily Telegraph" zu, interessiert man sich in hohem Maße für die Haltung Frankreichs gegenüber der Abrüstungskonferenz, einzuweisen. Man könnte ohne weiteres sagen, daß jede von Washington für einen solchen Zweck ausgehende Einladung von London eine günstige Antwort erhalten würde, wie immer auch die Haltung der übrigen Mächte sein werde. — Das anglo-amerikanische Zusammenwirken in der Friedens- und Wiederherbauarbeit ist einer der hervorragenden Äußerer der gegenwärtigen Weltlage, ganz besonders aber der britischen Regierung. Nichts ist der britische Reich ebenso am Pazifischen Ozean bereitwillig an den europäischen Problemen. Es verläuft, daß die Ablehnung Herricks gegen jede Abrüstungskonferenz unter amerikanischen Auspizien gegenwärtig nicht mehr auf die von Paris geäußerten Gründe zurückzuführen ist, sondern auf den Druck derjenigen seiner Kollegen, die sich vorwiegend in den Reihen der Abfassung des Genfer Protokolls gebildet haben, und die niemals zulassen wollen, daß irgendeine Abrüstungskonferenz stattfinden soll, es sei denn unter den Auspizien des Völkerverbandes.

Die Reparationskommission zum rumänischen Anspruch.

(Eigene Radiomeldung.)

Berlin, 3. April. In der Meinungsverschiedenheit zwischen Rumänien und Deutschland wegen der Banca Generale-Noten hat die Reparationskommission nunmehr der Kriegslastkommission in einer Note mitgeteilt, daß zu dem deutschen Antrag erst Stellung genommen werden kann, wenn festgestellt ist, inwieweit die Forderungen an Wert bestehen. Der deutsche Antrag lautet auf Feststellung, daß die Forderungen Rumäniens auf die Ausgabe der Banca Generale-Noten und die mit der Rückgängigmachung des Bankrottsvertrags zusammenhängenden Forderungen (wenn sie überhaupt bestanden) unter die deutschen Jahreszahlungen des Zwangsplanes fallen. Die Reparationskommission hat sich nicht darüber geäußert, ob die rumänischen Forderungen überhaupt bestehen. Auf ihre Entscheidung kann mithin auf eine Verdringung der rumänischen Forderungen nicht geschlossen werden.

Der König von Rumänien will abdanken!

(Eigene Radiomeldung.)

Newport, 3. April. Ein Vertreter der New-York-Presse meldet aus Bukarest, daß der König zugunsten seines ältesten Sohnes Carol abzutreten beabsichtigt. Der Anlaß zu diesem Entschluß soll die Krankheit des Königs sein, die von den Ärzten als chronisch bezeichnet wird. In Regierungskreisen unterliegt man sich dieser Ansicht des Königs, da man bei der Ablehnung des Kronprinzgen gegen die Politik Bratianus und der Thronbesteigung eine radikale Umänderung in der auswärtigen rumänischen Politik befürchtet.

Berliner Börse vom 3. April.

(Eigene Radiomeldung.)

Wer nach dem gestrigen Befehl der Berliner Großbanken zur energischen Stützung des Kursniveaus der Aktienmärkte erwartet hatte, daß die Börse a la hausse getrimmt sei, läßt sich enttäuscht finden. Der einzige Erfolg des Ein-

sehungsfestigkeit nicht zugelassen werden. Auch ist die Nachfrage nach Aktien so stark, daß nicht allen Eintrittsberechtigten die Aktien garantiert werden können. Es empfiehlt sich also möglichst zeitig zu kommen. Die Börse wird um 3,40 Uhr geschlossen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Dalle. Von dem Flugplatz. Wie wir erfahren, soll sofort mit den Arbeiten des Flugplatzes begonnen werden. Damit er bis zum Juni, wo der Deutschlandflug stattfindet, fertiggestellt ist.

Dalle. 50-jähriges Bergmannsjubiläum. Am 1. April beging hier der frühere Leiter unserer Oberbergamt, Bergbauinspizitor, Oberb. Oberregierungsrat Dr. h. c. Schwarz, sein 50-jähriges Bergmannsjubiläum.

Dalle. Verurteilung. Wegen Meinerts erkannte das Schwurgericht gestern gegen die 27jährige Frau Gertrud Müller geb. Born auf 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Burgliebenau. Aus der Kirchengemeinde Burgliebenau werden Palmsonntag eingekauft: Walter Helle, Fritz Nicolai, Willi Ackermann, Frida Ackermann, Luise Friebe, Emma Starke, Margarethe Wang.

Kannndorf (Anhalt). Auf ein Fest folgt das andere. Beim Hohen Janitz ist im Frühsommer ein Stück Beigeflügel ab und begab sich ins Krankenhaus. Ein Arbeitskollege teilte darauf in wenig reichhaltiger Weise der Fischerkarte mit, für Mann sei wegen eines Unglücksfalles ins Krankenhaus gebracht worden. Als die Frau dies hörte, stürzte sie von der Leiter und brach beide Beine.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Schwerer Straßenbahnunfall. Bei einem Straßenbahnunfall wurde ein Anhängewagen aus den Schienen geschleudert, wodurch der zur Regelung des Verkehrs bestellte Polizeiwachtmeister Wabl schwere innere und äußere Verletzungen erlitt. In dem Wagen, dessen sämtliche Fenster zertrümmert infolge des starken Anpralles in Trümmer gingen, wurden sechs Personen ernstlich verletzt.

Defian. In der Kliefener Mordaffäre ist eine neue Wendung eingetreten. Der beschafte Sattlermeister Robert in Coswig stellte den Sachverhalt bekanntlich so dar, als sei seine Frau ein Opfer von Raubmord geworden. Die Staatsanwaltschaft vertrat aber von Anfang an einen anderen Standpunkt. Sie glaubt, daß die Geklagte, der mit seiner Frau in Infriden lebte und mit einer anderen Frau ein Verhältnis hatte, der Mörder sei. Deshalb forderte sie auch unabhängig vom Verbleib des Verbrechens die Ermordung. Ihre Bemühungen waren von Erfolg gekrönt, denn gestern hat das Reichsgericht, die den Grund der Ehe abführend, gefunden worden. Aber nicht gleich am Ort der Tat, sondern etwa zwei Kilometer davon entfernt. Vermutlich hat der Täter das Rad in die Erde geworfen, und zwar mit großer Gewalt, denn es lag acht Meter vom Ufer entfernt.

greifens der Banken war nur der, daß ein weiteres Sinken der Kurse auch nach der Befestigung im gestrigen Nachbörserverkehre nirgends eintrat. Der Geldsammelmarkt blieb wenigstens bis Beginn der Börse unmerklich minimal, da das Publikum keineswegs am Markte war. Auch dieser Situation steht jetzt als Spekulationsobjekt ausgeschaltet zu sein, denn die Umsätze im Kapitalmarkt hier während der letzten Tage auf ein Mindestmaß zusammen und scheinen jetzt noch kleiner zu werden. Der Kurs dieser Werte behauptete sich allerdings, ebenso diejenigen der Borsiger Pfandbriefe. Die vollkommen vermagelicht waren. Trotz dieser Situation der Börse kann dem Vorzeichen der Berliner Banken, die sich von größeren Interventionsfällen zur Herbeiführung von Ausreisegerungen zurückhalten scheinen und sich nur auf die Verbindungen eines weiteren Verfalls des Kursniveaus beschränken, in Interesse der gesamten Volkswirtschaft nur ausbleiben werden. Da ein vollkommener Verfall des Aktienmarktes für zweifellos im gesamten gemeinlichen Leben durch noch größere Mutlosigkeit und pessimistische Stimmung ausgewirkt hätte. Deshalb beachtet wurde an der Börse der starke Sturz des französischen Francs, der eine Folge der gestrigen Berliner Kammerdebatte war. Die französische Regierung will neue große Beträge an den Deutschen ausbezahlen, was trotz ihrer bezeichnenden Erklärungen eine auffallende Fortsetzung der Inflation in Frankreich bedeutet. Im Zusammenhang damit lag auch der belgische Franc hart im Anschlag, während ferner Italien eine stetige Besserung nachgab und das Fund gegen New York eine geringere Besserung bezeichnete. London-Paris wurde vorhin mit 95,35 genannt. Am Geldmarkt zeigte sich heute keine Veränderung. Der Wechselkurs des Marktes bleibt der Geldbedarf noch recht lebhaft. Man kann tägliches Geld mit 8-10 Prozent, Monatsgeld mit 9-11 Prozent. Der Bri-Tablistent gelangte heute erstmalig zur offiziellen Notiz.

Die amtlichen Produktpreise vom 3. April.

Berlin, den 3. April (Zählort). Amtlich wurden heute notiert (Getreide- und Mehlarten pro 100 kg, sonst per 100 kg in Goldmark): Weizen mähr. 24-24,7, Roggen mähr. 228-229, Sommergerste mähr. 230-240, Wintergerste 192-218, Hafer mähr. 195-196, Mais mähr. 220-225, Weizenmehl 22,50-23,50, Roggenmehl 13,00 bis 35,00, Weizenmehl 14,00, Roggenmehl 14,50-14,50, Reis 305 bis 400, Getreide 390-400, Futtergerste 22,00-29,00, Kleie 22,00 bis 18-20, Futtererbsen 18-19, Weizen 23-29, Ackerbohnen 18-22, Weizen 18-19, Lupinen bl. 18-19,00, Lupinen gelb 18-19,00, Sojabohnen 18-19,50, Erdäpfel 19,00 bis 19,15, Trockenbohnen 15,50-15,50, Zuckerrüben 12,50-14, Zornmalz 2,30, Kartoffeln 15,30 bis 15,60, Kartoffeln weiße 2, rote -, blaue 2,20 gelbflechtige 2,19.

Alles in Billionen Mark.

Deutscher Kurs.

Berlin, 3. April. (Zählort). Amtlich wurden notiert: New York (1 Dollar) 4,195-4,205, Amsterdam (100 fl.) 171-167,63, Brüssel (100 fr.) 21,285-21,295, Paris (100 fr.) 21,47-21,53, London (100 Sch.) 20,043-20,093, Schweiz (100 fr.) 80,89-81,09, Schweden (100 Kr.) 712,04-713,32, Norwegen (100 Kr.) 7,02-7,05, Polen (100 Zloty) 17,18-17,22, Prag (100 Kr.) 12,43-12,47, Wien (100 Kronen) 5,911-5,925, Athen 6,59-6,71.

in Wasser. Auch die Handtafche der Frau wurde gefunden. Der Mann leugnete nach wie vor und hat gegen seine Beschuldigung Beschwerde erhoben.

Meinerts. Im Herbst dieses Jahres begeben die Kreisrichter Anhalt den Jubiläum ihres 75-jährigen Bestehens. In Anhalt liegt die Vorbereitungen getroffen werden. Die Freunde der Anhaltler veranlassen für die festliche Begehung dieses Tages Sammlungen. Die Kreisrichter Anhalt beherbergen heute über 600 Witte und epileptische Männer, Frauen und Kinder.

Stettin. Mord an einem Schüler. Die Familie des Gutsbesizers Dohren in Hohenberg bei Stettin vermachte am ersten der letzten Tage ihren 14-jährigen Sohn, der trotz eifriger Zucht nicht aufgezogen werden konnte. Da er sich in der Nacht fortgeschlichen war und daher nicht zum Marienfeld-Gymnasium in Stettin fahren konnte, wo er zur Schule ging, unternahm die Eltern erneutes Suchen in der Annahme, daß ihm ein Unglück zugefallen sein könnte. Im Park des Gutes fand man ihn schließlich an einer Stelle erdabt. Auf seiner Unterleib der Angelegenheit sind Stettiner Kriminalbeamten in S. eingetroffen. Da er durch einen Selbstmord nicht bekannt ist, vermutet man ein Verbrechen.

Köthen. Auf dem hiesigen Maschinenwerk ereignete sich gestern ein schwerer Explosionskatastrophen bei der Arbeit an einer Dampfmaschine. Einer wurde schwer verletzt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß eine Sprengkapsel, die bei Brunnensarbeiten verwendet werden sollte, verlagerte. Durch die Explosion entstand ein Brand, der auf den Dachstuhl des Betriebsgebäudes übergriff. Feuerwehr und Rettungswache hatten bis in die Nachmittagstunden mit der Bekämpfung des Feuers zu tun.

Dortmund. Van einer Kiefernhalde. Die Weisenhülle A.G., an der auch die Stadt Dortmund beteiligt ist, hat den Bau einer aus Holz konstruierten Halle beschlossen, wie sie in einem solchen Umfange in Europa noch nicht besteht. Die Halle, in die auch eine Radrennbahn eingebaut wird, umfaßt rund 6000 Sitzplätze und kann durch Inanspruchnahme des Innenraumes 15 000 Personen aufnehmen. Sie soll vorwiegend für Sportzwecke dienen.

Stadttheater Halle.

Freitag, 7.30 Uhr: Und Pippa tanzt. Glashütten-Märchen in vier Aufzügen von Herrick und Quinlan. Samstag, 7.30 Uhr: Enten in der Interner. Burleske Oper in vier Akten von Jacques Offenbach. Sonntag, 3 Uhr: Der verlorene Sohn. Ein Gegenstück in drei Aufzügen von Wilhelm Schmidhorn. — 7.30 Uhr: Tiefland. Musikdrama in einem Prolog und drei Aufzügen von Eugen D'Albert. Montag, 7.30 Uhr: Paul Wegener mit seinem Ensemble Berliner Künstler in Die Reichshof, Komödie in fünf Akten von E. Sudermann.

Herausgeber: Ludwig Walz.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil einl. der Bilderbeilagen: Karl Reuch. Sport und Anzeigen: A. Rant. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Walz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Neuerungen in der Ausgabe der Zeit- und Arbeiterarten. In der Ausgabe von Wochentagen tritt vom 3. April 1925 an eine grundlegende Änderung ein. An die Stelle der bisherigen Wochentagen treten: a) eine jedermann ohne Zusatz zugängliche Wochentage 4. Klasse, die eine Kalenderwoche gilt und etwa 28 v. H. des jeweiligen Preises der Monatskarte 4. Klasse (siehe d) eine Arbeiterwochenkarte 4. Klasse. Die Arbeiterwochenkarte gilt nur zur Fahrt zwischen Wohn- und Arbeitsort für eine Kalenderwoche. Der Preis der Arbeiterwochenkarte beträgt 21 Kilometer. Die Arbeiterwochenkarte darf nur an Personen ausbezahlt werden, die die Art ihrer Arbeit durch die Beschäftigung des Arbeitgebers sowie der Gemeindebehörde des Wohnortes nach vorgeschriebenem Muster nachweisen. Die Arbeiterwochenkarte werden von den Fahrtenausgaben gegen Bezahlung abgezogen. Die Arbeiterwochenkarte sind von Sonntag bis Sonnabend und berechtigen zur beliebig häufigen Fahrt an allen Tagen, Fahrunterbrechung ist nicht gestattet. Die Arbeiterwochenkarten werden nur auf Entfernungen bis 75 Kilometer, und zwar nur für die 4. Klasse, ausgegeben. Sie gelten für alle Züge, die 4. Klasse führen. Auf Strecken, wo die 4. Klasse nicht geführt wird, kann die Gleisbahnregelung der Arbeiterwochenkarte werden. An Arbeitsort oder am Wohnort des Arbeiters ausgegeben. Anwendung auf Zwischenstationen ist nicht gestattet. Die Karten werden vom Freitag der Vorwoche an gelöst. Der Inhaber einer Arbeiterwochenkarte muß die Karte vor der Benutzung mit einer Besondere Bescheinigung versehen. Bei einer Arbeiterwochenkarte oder gültige Unterlage ist erforderlich, wird für diese Fahrt als Reisender ohne gültige Fahrkarte behandelt. Die Arbeiterwochenkarten sind nicht übertragbar. Für ausgefallene Fahrten wird Fahrgehalt nicht erstattet.

Der Preis der Arbeiterwochenkarte wird erhöht und entspricht ab 1. April 1925 dem Preise der einfachen Fahrkarte 4. Klasse. Die Preisermäßigung beträgt 21 Kilometer. Der Preis der Monats- und Schülermonatskarten werden, wie wir bereits meldeten, vom 1. April an um 25 v. H. erhöht. Die Schülermonatskarte kostet die Hälfte des Preises der Monatskarte.

Beifertigung der Anleihegebühren. Die Aufseherungssache, die die Reichsregierung in ihrer Gesetzesvorlage für die öffentlichen Anleihen vorschlägt, haben allgemein die größte Enttäufung hervorgerufen. Die Regierung hat die Dürftigkeit ihrer Vorlage damit begründet, daß es an den Geldmitteln zu einer höheren Aufseherung fehle. Eine wesentliche Beifertigung aller Anleihegebühren wird aber möglich sein, ohne Beifertigung weiterer Mittel, wenn es der Treuhandstelle für die Anmeldung der öffentlichen Anleihen gelungen sein wird, durch die von ihr durchgeführte Registrierung der noch umlaufenden öffentlichen Anleihen nachzuweisen, daß für die Aufseherung sämtlicher öffentlicher Anleihen tatsächlich im ganzen nur noch etwa 2 Milliarden in Frage kommen und nicht, wie die Reichsregierung als Unterlage für ihre Berechnungen verwendet hat, 8,7 Milliarden. Die Registrierungsarbeiten der Treuhandstelle müssen in Kürze durchgeführt sein. Eigenes Interesse aller Befitzer von öffentlichen Anleihen, insbesondere aber, da die Regierung einen Unterschied macht zwischen Alt- und Neuemissionen aller Anleihegebühren, erweist sich auch in der Anmeldung der öffentlichen Anleihen. Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 100, die vorgeschriebenen Rordrücke zwecks Anmeldung zu bestehen.

Beifertigen für Wohnungsfragen. Wie der Amtliche Kreispräsident einem Kandidaten der preussischen Wahlen des Innern entnimmt, ist künftig als Gehalt für Wohnungsfragen einheitlich der Satz von einer Reichsmark für den Einfall zu erheben. In ganz besonderen Ausnahmefällen kann aus sachlichen oder persönlichen Billigkeitsgründen von der Gehaltserhebung ganz oder zum Teil abgesehen werden.

Der Frühling hält seinen Einzug in der Natur. Süßliche Sehenswürdigkeiten mit erläuternden Artikeln bringen ihn auch in unsere Bilder-Beilage. Zwei Bilderreisen befaßt sich mit dem Berliner Jugendstil und mit "Der Umwandlung der Suden-Wüste in einen Garten". Auch im Modellteil kommt das Frühjahr zu seinem Rechte. "Für warme Tage" bringt er eine Auswahl leichter Hülsen. Auch zwei aktuellen Bilderreisen ist dem Sport eine ganze Seite gewidmet.

Wieviel Personen sind erwerbsunfähig? Nicht nur die Erwerbslosenaffen hat eine genantliche Höhe erreicht, auch die Zahl der Erwerbsunfähigen, die der allgemeinen Bevölkerung zuzurechnen ist, hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht. Der deutsche Städteetat hat in der Großstädten 5 bis 6 Prozent, in den kleineren Städten fünf Prozent der gesamten Bevölkerung erwerbsunfähig sind. Demgegenüber kann die Zahl der Erwerbslosen, die etwa zwei Prozent der Gesamtbevölkerung beträgt, noch als gering bezeichnet werden. In der Statistik sind etwa 7 bis 8 Prozent der Bevölkerung von den arbeitenden Städten mit unterhalten werden.

Die Betriebsräte-Wahlen im Lennawert hatten folgendes Ergebnis: Kommunale Liste 13, freigeigeerhaftige Liste 6, sozialistische Liste 3. Die Wahlbeteiligung betrug 91%. Der bisherige Betriebsrat bestand aus 17 Kommunisten und 8 Freigeigeerhaften.

Der Spottvogel, unsere beliebte politisch-satirische Zeitschrift kann heute aus technischen Gründen nicht beigelegt werden. Sie wird, sobald die Mängel beseitigt sind, nachgeliefert. Wir geben unseren Lesern als Entschädigung dafür heute unsere Bilderbeilage.

Wetterbericht. Für das mittlere Norddeutschland: Etwas trüber und vorübergehend Aufheiterung. — Für ganz Deutschland: Allgemein etwas niedriger Temperaturen, weitere leichte Niederschläge und dann wieder Besserung.

Tagesskalender.

Freitag, 3. April: Merseburger Berggemeinde Versammlung. Öffnung vom 10 Uhr. "Bertrag Christian". Merseburger Berggemeinde. Nächster Vortrag, Sommerproblem im Wertunterricht, abends 7 1/2 Uhr. Freitag, 3. April. Verein für Heimatkunde, Vortragabend abends 8 Uhr. Museum (Kloster). Sonnabend, 4. April. Kaufmännischer Verein. Vortrag: "Stiftungsfest", abends 8 Uhr. "Cafino". — Fabrikfeuerwehr der "Blanke-Werte". 40. Gründungsfeier, abends 8 Uhr. "Blau".

Freizeitband Lenna.

Neu-Außen. Am Samstag, vormittags 10 Uhr, werden die Konfirmanden der Siedlung Neu-Außen eingeeignet. Wegen des sehr beschränkten Platzes in der kleinen Bläsern-Hallen sind Eintrittskarten an die Konfirmanden für deren Eltern in Angehörige auszugeben worden. Mitzubringen: Eintrittskarten sowie auch Kinder können zur Ein-

Aus dem Reichstage.

Der Schutz der Jugend.

In der getragenen Reichstagsitzung teilte Präsident Lobe mit, daß der Volkstag in Danzig anlässlich des Unfalls an der Weier ein Beileidstelegramm an den Reichstag geschickt habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Schäfer (Komm.), sofort die kommunale Interpellation über den Siderbeitspaß zu besprechen. Der Antrag findet Widerspruch und ist damit erledigt.

Auf der Tagesordnung stehen sodann Vorschläge zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur.

Der Ausschuss für Bildungswesen erucht die Reichsregierung: 1. eine Novelle zum Schutzbüchergesetz, fern- u. Gegenstände zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur und zum Schutze der Jugend bei öffentlichen Schaustellungen und Darstellungen sowie ein Schutzbüchergesetz mit möglicher Befreiungsvorlage; 2. Bildstellen für Jugendliche bis zu 18 Jahren nicht zuzulassen, wenn sie in Widerspruch mit dem Erziehungsziel der Reichsverfassung stehen, oder wenn sie die betrefsende republikanische Staatsverfassung verletzen; 3. zu erwägen, bei der Verabschiedung des Reichstheatergesetzes den Schutz des geistigen Eigentums der Bühnenschriftsteller und Bühnenkomponisten in Sachsen der Bühnenvermittlung von Bühnenfiskalen zu gewähren. Die Abgeordneten Hensel (Dnt.) und Dr. Schreiber (Jr.) berichten über die Ausschussverhandlungen.

Abg. Hensel (Dnt.) teilt mit, daß die Regierung im Ausschuss die Richtlinien für ein künftiges Schutzbüchergesetz und Bühnengesetz bekanntgegeben habe. Die Mehrheit des Ausschusses habe in weiterer Weise Maßnahmen gegen die Entfaltung der Schund- und Schundliteratur beantragt. Auch das Bühnengesetz sei dabei besprochen worden. Vollständige Maßnahmen seien nicht ausreichend. Es müßten besondere Schutzmaßnahmen getroffen werden durch beschleunigte Vorlegung neuer Gesetze.

Abg. Dr. Schreiber (Jr.) bemerkt als Berichterstatter, daß es hier geht, ein wichtiges Kulturgebiet im Sinne der Nation, des Reiches und des deutschen Volkes zu erhalten. Eine Schädigung der Filmindustrie brauche damit nicht verbunden zu sein.

Staatssekretär Schulz teilt mit, daß das Schutzbüchergesetz und das Bühnengesetz in Vorbereitung sind.

Abg. Mumm (Dnt.) ruft zur praktischen Arbeit auf, es müsse sich schneller vorwärts gehen, als unter den Regierungen der letzten sechs Jahre. Die gegenwärtigen Gesetze reichen bei weitem nicht aus. Bestehend sei es, so

segar von Haarman Filme zugelassen werden.

Abg. Schred (Soz.) gibt der Polizei den Rat, für Ruhe und Ordnung zu sorgen, sich aber nicht in Fragen des künstlerischen Empfindens hineinzuweisen. Die Zensur sei vomebel. Solange die Filmproduktion auf Profit ausgelegt sei, könne der Film nicht kulturelle Bedeutung haben.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Die Amnestieanträge werden an den Ausschuss zurückverwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag, 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Dritte Lesung des Berggesetzes der Grundfläche, Untertage zum Schutzbüchergesetz, kleine Vorlagen.

Die Verechtigung der Nahrungsmittel.

Die Verhandlungen mit der Industrie.

Gewaltiger Umfang des Altkennmaterials. Im Untersuchungsausschuss des Reichstags für die Nahrungsmittelangelegenheiten begann gestern nach der Berichterstattung über das Ergebnis des geistlichen Altkennmaterials die Debatte.

Abg. Stöcker (Komm.) fragte an, ob die Ausführungen des Nahrungsmittelkommissionärs Dr. Stresemann richtig seien, daß an der Kabinetsitzung vom 20. Oktober 1923 sämtliche Minister teilgenommen haben, und ob seiner Erinnerung, daß das Reich die Verpflichtung zu sämtlichen Eingangsleistungen anerkenne, alle Minister einverstanden ge-

wesen seien. Abg. Berthius (Zentr.) bestätigte nach seiner Kenntnis der Akten, daß dies der Fall gewesen sei. Ministerdirektor v. Brandt ging danach auf die wichtigsten Fragen der Nahrungsmittelangelegenheiten näher ein. Als Aufschluß des Reichsfinanzministeriums möchte ich, so führte der Minister aus, ausprechen, daß die Nahrungsmittelangelegenheiten nicht anders darstellbar, als die Erfüllung von Reparationsverpflichtungen des Reiches. Die Lebensmittelindustrie ist dazu berufen worden, an Stelle des Reiches diejenigen Lieferungen zu machen, welche das Reich damals aus Gründen seiner finanziellen Not zu machen nicht in der Lage war. Die Industrie hat sich dabei auf die

Zufolge einer vollen Entschädigung durch das Reich gestellt. Voraussetzung war die Sanierung der Reichsfinanzen. Wir haben infolge der Finanznöte auf dem Wege der Erleichterung nur sehr allmählich vorgehen können, zuerst im Wege der Steuererleichterung bei der Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer. Aber im April erwies sich dieser Weg nicht mehr als ausreichend, um die Verlangung der Nahrungsmittel zu erzielen, da

die Industrie in einer Notlage war. Zunächst ist dann eine Kreditvermittlung eingetreten. Diese erschröckte sich nach einigen Wochen. Allmählich entwickelten sich die Verhältnisse so, daß die Finanzlage sich verbesserte. Bei den Beratungen über die Erträge aus Steuererleichterungen im Besonderen meiner Abteilung, die in diesem Falle vollständig war, immer der Standpunkt vertreten worden, daß, soweit die Verhältnisse es erlaubten, die während des Kabinetts gegebenes Zugeständnis und zwar nicht nur die Zugeständnis an die Großindustrie, sondern an alle Beteiligten, auch an die Kleinindustrie usw., sobald als möglich gehalten werden sollten, und es ist gegangen, nach und nach in steigendem Maß Abgabenleistungen zu machen, welche die Frage ertrug, ob es ertragbar sei, die Dinge weiter anzusetzen zu lassen, bis eine förmliche Mitteilung des Parlaments erfolgen kann, müssen wir uns sagen, daß, wenn bei weiterem Zuwarten weiterer Abgabensenkungen notwendig würden, die Spannung zwischen dem, was der Gegner forderte und was bereit zu sein, immer größer werden würde. In diesem Falle ist das Ergebnis der Beratungen herauszubekommen, hat man sich im Dezember entschlossen, die ganze Sache im Wege des Vergleichs zu regeln mit dem Ergebnis, daß

eine Ermäßigung von 27 auf 556 Millionen erzielt worden ist.

Vorl. Abg. v. Lindener-Wildau (Dnt.) stellte aus den Akten fest, daß die Kabinetsitzung vom 20. Oktober 1923 sich mit dem gesamten vom Reichsverband vorgelegten Fragekomplex der Nahrungsmittelangelegenheiten beschäftigt hat und die sozialdemokratischen Minister und der preussische Ministerpräsident teilgenommen. Es kam dabei zum Ausdruck, das Reich sei grundsätzlich zu Reparationsleistungen bereit. Reichsminister des Innern Schollmann war mit den Vorklären der Bergwerken einverstanden, ebenso der preussische Ministerpräsident Brauns. Zum Schluß stellte der Reichsminister die Einmütigkeit des gesamten Kabinetts darüber fest:

- 1. daß er zu Verhandlungen mit den Bergberren auf Grund ihrer Vorschläge ermächtigt wird,
2. daß Kredite nicht mehr gegeben werden dürfen,
3. daß die Grundbesitzverhältnisse in den Bergwerken herausgeklärt werden müssen.

4. die Bergbaukosten herabgesetzt werden müssen. In der nächsten Kabinetsitzung am 1. November sind sämtliche Minister dem Kabinettsstreemann noch amweind geworden, auch die sozialdemokratischen.

Nach freiliegenden Bemerkungen des Abg. Stöcker (Komm.) hielt Abg. v. Dittelsdorf (Dnt.) einen Vorschlag über die vertrauliche Behandlung des Altkennmaterials nicht für zum Ziele führend. Es sei zweckmäßig, die Akten nur dem Vorsitzenden und den Berichterstattern zur Verfügung zu stellen, wie es in anderen Ausschüssen auch üblich sei. Abg. Hülpe (Dnt.) hielt eine außerordentliche Erörterung der sachlichen Grundlagen bis etwa zum Spätherbst für unannehmlich, wenn hier lange Altkennanträge gemacht und vorgelegt werden sollten.

Vorl. Abg. v. Lindener-Wildau: Die Akten enthalten einen Band aus der Reichsanzeiger mit Protokollen über die Sitzungen, dann 7 Bände des Anwaltsbüros, 2 Bände aus dem Justizministerium mit Rechtsgutachten und

18 Bände aus dem Gesamtministerium, darunter 35 Einzelverträge mit den Industriefirmen. Die Verhandlungen sollen, soweit es irgend möglich ist, vorbreiteter Öffentlichkeit geführt werden.

Nächste Sitzung 28. April.

Erhöhung der Hauszinssteuer in Preußen.

Von Dr. Kaufhold, M. d. L.

Der Ständige Ausschuss des Landtages, an dessen Beratungen sich aber die Mitglieder der Preussischen Nationalen und Deutscher Volkspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der kommunistischen Partei nicht beteiligt haben, nahm am Freitag voriger Woche mit den Stimmen der Zentrumspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten eine Verordnung an, wonach eine weitere Erhöhung der Hauszinssteuer vom 1. April ab in Preußen durchgeführt wird.

Nach der Verordnung beträgt die Steuer vom 1. April ab statt bisher 600 Prozent, 700 Prozent der Steuer vom Grundbesitz, das heißt bis bisher 10 Prozent, in der Zukunft 24 Prozent der Friedensmiete!

Von dem Aufkommen aus der Hauszinssteuer, von dem bisher 5/12 zur Förderung der Neubautätigkeit verwendet wurden, soll vom 1. April ab 7/14, also die Hälfte zur Förderung der Neubautätigkeit verwendet werden. Von der anderen Hälfte sollen die Gemeinden 2/14 erhalten und das Land 5/14 zur Deckung der sozialen und Fürsorgeausgaben.

Der zur Förderung der Neubautätigkeit bestimmte Teil der Hauszinssteuer soll zu 3/4 dem Staate, zu 1/4 nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens des Stadt- und Landortes zufallen, um für Neubauzwecke verwendet zu werden.

Eine weitere Veränderung ist folgende: bisher konnte bei Grundstücken, die am 1. Juli 1914 völlig hypothekentfrei oder mit nicht mehr als 20 Prozent des Wertes mit Hypothek belastet waren, die Hauszinssteuer um 1/4 herabgesetzt werden. Nach der neuen Verordnung ist die Steuer in diesen Fällen nur auf Antrag auf 500 Prozent (statt 700 Prozent) herabzusetzen.

Nach dem bisherigen Hauszinssteuergesetz konnten ferner nach dem Paragraph 4 die Zinsen, die in diesem Jahre ab dem 1. April 1925 aufgeworfenen Hypotheken gezahlt werden müssen, von der Hauszinssteuer abgezogen werden. Durch die Bestimmung war der Charakter der Hauszinssteuer als Ausgleich für die an die Gläubiger nicht bezahlten Hypothekenzinsen festgelegt.

Durch die neue Verordnung wird aber dieser Charakter nunmehr vollständig beseitigt, indem bestimmt wird, daß dem Hauszinssteuer durch eine weitere Erhöhung der gesetzlichen Miete ein Betrag zu gehören ist, mit dem er die Zinsen für die aufgeworfenen Hypotheken in diesem Jahre bezahlen kann, und daß Steuererminderungsanträge in dieser Hinsicht als abgelehnt gelten. Diese Änderung wird damit begründet, daß die Durchführung der Steuererminderungsverfahren sehr viele Schwierigkeiten und Wechsellagerung gebracht haben würde, doch soll als Ersatz eine entsprechende allgemeine Erhöhung der gesetzlichen Miete eintreten.

Wie verlautet, ist neben der Erhöhung der Hauszinssteuer um 4 Prozent eine weitere Erhöhung der Zuschläge zur Friedensmiete in Höhe von 6 Prozent vom 1. April ab und die Erhöhung der Zuschläge um 1/4 Prozent, 66 Prozent, 76 Prozent der Friedensmiete als monatliche Miete gezahlt werden müssen.

Ein Erlass des Reichswehrministers.

Der Reichswehrminister erläßt folgende Kundgebung:

An die Wehrmacht!

Die Wehrmacht hat einen schweren Schlag erlitten. Mehr als 70 junge Soldaten haben in den Fluten der Weier den Tod gefunden. In tiefer Erörterung gebeknen wir der Kameraden, die ein Soldatenopfer aus dem Leben rief, mit künftiger Teilnahme ihrer Angehörigen, die dieses Verbrechen. Der Tod dieser Frauen ist uns eine Mahnung, bei jeder Erfüllung unserer Pflichten unter Belohnung einzutreten. Unsere Tätigkeit und unser Leben gehört dem Vaterlande. Das Angeben unter jungen Kameraden, die in keinem Dienst starben, soll unterlassen werden.

Der Erfinder.

Ein deutscher Roman aus Amerika von Moriz Schäfer.

(Nachdr. verb.)

„Nur noch ein wenig Geduld, Blossom; Sie hören ja an dem Geräusche, wir kommen näher.“ Sie versuchte zu lächeln. „Wenn ich jetzt runterfalle, lassen Sie mich ruhig zu Boden zerstampfen.“ Sie glaubte, das tut gut!“ „Vorwärts!“ sagte er und gab ihm einen Streich. „Sie gehören wirklich so schnell wie möglich ins Strohlager! Sie erst mit gründlich aus, damit man wieder vernünftig mit Ihnen reden kann.“

XIV.

Moders-Biace.

Es war 2 Uhr nachts, als die Keller Moders-Biace erreichte. Die Hunde begleiteten ihren Einzug mit einem Jaulen. Durch eine Gasse rochgeimter Hühnerhütten, in deren Hinerhöfen die Küter heulten, als seien sie als Hüter aller Schätze Goldondas bestellt, ging der Ritt bis zu dem achtstündigen, plump gefügten Bretterfahnen, von dessen Front in elektrischer Flammenschrift die süße Aufschrift: „Hotel Great“ in die Nacht hinausleuchtete. Ein „fire-escape“ in Form eiserner Treppen ließ, vom Dache ausgehend und von jedem Stockwerke erreichbar, um die Vorderfassade.

Es erwies sich, daß das Stiel von Boarders überfüllt war, doch gelang es, für Blossom noch ein Stübchen im Dachstode zu ergattern, an dessen Fenster — nicht genug, daß die Fallstapeltreppe direkt zu erreichen war — das vorläufige Rettungsgelb befestigt war. „Man wolle.“ In laute eine gedruckte Zinschrift, „dieses Teil nur im Falle wirklicher Feuersgefahr benutzen.“ ein zarter Gewissensappel für solche, die den Zug zum Zehnpfeiler in sich fühlten. Blossom muß den Rest der Nacht bei den Wanktieren im Stalle zubringen. Er tat es mit gutem Humor und schlief, in seine Decken gewickelt, auf dem Stroß so gut, daß er nicht

aufwachte, als gegen 8 Uhr morgens eine Gesellschaft von Trappern und Händlern ihre Pferde zu stellen kam.

Eine Stunde später traf Bauer Blossom im Frühstücksraum. Sie lag noch immer bloß und angegriffen aus, erklärte aber auf Befragung, daß sie gut gefallen habe und sich vollkommen wohl fühle. Auch war ihre Stimmung besser geworden und die alte Spannfahrt schien wiedergekehrt. „So freue mich“, sagte sie leuchtenden Auges, „mit Ihnen nachher das ganze Lager beschäftigen zu können.“

Das erste und zweite Frühstück wurden vereint, es gab Hagerlapp mit Wapfstaunen, Omelette, Hammeltripp mit Bohnen. Das war eine ganz gebiegene Hinterwälderische Grundlage, auf Grund deren es der Magen längere Zeit aushalten konnte. Dr. Mautiere ließ man im Stalle, sie mochten sich für die entgangenen Hagerlappportionen schädlos halten. Als Bauer und Blossom auf die Straße traten, bewegte sich gerade über die heilige Fahstraße ein Trupp Männer, die einen schellenen Banner in der Mitte führten. Die Reiter waren rauhe Gesellen mit stark abgenutzter Kleidung, verwilderten Bärten und langem Sauphaar. Sie hatten lange Büchsen geschultert und schauten grimmig drein.

Bauer fragte einen Sotelbedienten, der gerade den Bretterbelan, der das Trottoir vorstellten sollte, mit einem Besen bearbeitet, nach der Ursache des Aufzuges. „Der Indianer hat Apper auf sich kommen gelacht“, lautete die Auskunft, „nun schleppen sie ihn vor den Friedensrichter.“

„Alle Achtung!“ sagte Bauer zu Blossom, „es wundert mich nur, daß die Herren so viel Umstände machen. Wohnt denn der ehrenwerte Mr. Vnch nicht unter diesem gelegenen Himmelsstrich?“

„Doch“, antwortete Blossom, „aber er ist nur für Schwärze zu Hause. Ein Indianer kann unter Umständen doch immer ein Gentleman sein, denn man einen regelrechten Prozeß schuldig ist, — der Schwärze ist stets ein rüddiger Hund, für den fogar die Kugel zu gut ist! Für den ist Mr. Vnch jederzeit zu sprechen, und er hat immer den besten Rat für ihn bereit!“

Sie kamen an einem Laden vorbei, in dem vom lauren Spring bis zum Schiefprügel täglichen Müstern aus Washingtons Zeiten bis übermorgen alles zu haben war, was einem Goldgräber innen und außen dient; sie genossen die ambrösischen Düfte aus einer Kaffee- und Molkelei, die sich in dem Creditbüro zusammen der „Gigging News“ etabliert hatte; sie lachten bei einem schäblichen appetitlichen Schmeinstrippten ausliegen und hachten einige davon zu erhaschen, wurden aber tatsächlich abgewiesen, weil der wackere Witter nur Goldtörner in Zahlung nehmen wollte.

Dann ging es vorbei an einem Plauswagenpark und einer angedienten Fohlenweide, hinab nach dem Kräbentische, an dessen Ufern in Wasserfanden Männer und Weiber, teilweise in grotesken Lampen gerade das Goldwaschen betrieben.

Nun lenkte Blossom mit ihrem Begleiter nach Norden ein. In mäßiger Steigung führte der Weg durch Nadelbald aufwärts. Wie ein Jahrmart mutete das Geseer an, das man passieren mußte. Wo nur eine Lichtung lag aufst, war sie von den röhren aus Brettern und Leinwand gefügten Hütten, Blockhäusern, Zelten und Wigwams im Indianerstil besetzt. Die Enterters des Glühs hielten im moderne Höhlenbewohner in primitiven Erklärern, den sogenannten „bugouts“. Karren standen umher, Pferde und Mautiere war — amepflodt, — ander tummelten sich spielend im durchwässerten Sandboden. Vor einem Felde stand ein kleiner Eisenberg, daran bereitete: ein barfüßiges Weib in giftgrüner Bluse den „Hapand“, eine wie Leder schmückende Fintanfuchant. Vor einem Plauswagen lag eine Gruppe Fintanfuchant im Moos und spielte auf einem alten Stüde Blech Karte, so daß das Auswischen der Trümpfe wie Gewehnräucher herüberdrang. Dazu regnete es Flüche, und des Randlers unberündete Armutlosigkeit machte sich in Fintanfuchant, die kein barfuß „ariliches Wörterbuch“ diesseits und jenseits des großen Teiches kennt.

Neugierige Blide mußerten die Näherkommenen, Spottredn floßen auf, doch unbeirrt schritten die Auswüglter höher, als sie zu den Minen kamen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kreis und Nachbarkreisen.

Halle. Unfälle. - **Veichensund.** Ein neunzehnjähriger Knabe fuhr mit seinem Fahrrad an der Ecke Geleitstraße-Weidestraße gegen einen aus der Richtung Bernburger Straße kommende Straßenbahnwagen. Der Knabe wurde durch den Stoß so schwer verletzt, daß er sofort in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Verletzungen sind sehr schwer. Der Knabe wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Verletzungen sind sehr schwer. Der Knabe wurde in ein Krankenhaus eingeliefert. Die Verletzungen sind sehr schwer.

Die Glandaische Schützengesellschaft. Halle a. S., welche in der Schützengilde bereits im Jahre 1410 erwähnt wird, mußte einige Jahre vor dem Kriege ihr altes im Weichbild der Stadt gelegenes Schützenhaus verlassen, um Weichbildneubau Platz zu machen. Schon lange waren die Glandaischen Schützen im Ort und in anderen hiesigen Schützengesellschaften Gastfreundschaft genossen, beschränkt sich wieder ein neues Schießhaus zu errichten und nach vielen Bemühungen ist es gelungen, die zukünftigen Weichbildneubau-Schützen an der Dolauer Heide unter günstigen Bedingungen zu beschaffen. Der erfolgreiche Abschluß ist aber mit dem Bau des neuen Schießhauses und der Schützengilde begonnen worden, und es ist inzwischen ein schmuckes, neuzeitlich eingerichtetes Schießhaus entstanden, woran nicht nur jeder Schütze, sondern auch jeder national Denkende seine Freude haben wird. Die großen Einweihungsfeierlichkeiten verbunden mit Festzug, Freischießen, Festkommers usw. fanden am 2. und 3. April statt. Eine ganze Anzahl befreundeter Schützengesellschaften aus der Umgebung haben ihr Erscheinen bereits angefragt und nach den Vorbereitungen, die schon jetzt getroffen werden, ist zu erwarten, daß die Festlichkeiten einen größeren Umfang annehmen.

Halle. Der Senior der deutschen Romanisten 80 Jahre alt. Am 5. April feiert Geh. Reg. Rat Dr. Edmund Stengel seinen 80. Geburtstag; in den Jahren 1873-1913 war er Professor der romanischen Philologie an den Universitäten Marburg und Gießen. Er ist ein gelehrter und tüchtiger Mann. Der Grund zu seiner umfassenden wissenschaftlichen Tätigkeit hat Stengel durch zahlreiche und ausgedehnte Studienreisen gelegt. Er ist der Herausgeber vieler Werke der mittelalterlichen Literatur. Der Jubilar hat eine Anzahl von Jahren in seiner Vaterstadt Halle verbracht, bis er im letzten Jahre nach Marburg überließelt, wo er seinen Lebensabend zu beschließen gedenkt.

Mücheln. 1. April. Bismarckfeier. Am 31. März veranstalteten die Vereinigten Vaterländischen Verbände zu Ehren des großen Helden Otto v. Bismarck eine große Gedenkfeier in Mücheln. Die Feier wurde von den Vereinen mit 16 Jahren teil: Stahlhelm, Mücheln, Wehrwolf Mücheln, Schwarzrot Mücheln und Grumpa, Jungfrauen der Mücheln, Jugendgesellschaft Mücheln, die Kriegervereine Mücheln, Siedlich, Erpingen und Wehring, Schützengesellschaft Mücheln, Erpingen und Siedlich, Bergmannsvereine Elise II. Basille, Marinevereine, Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeitervereine, die Arbeitervereine Concordia und Liebertal Mücheln. Der Fackelzug setzte sich vom Weichbild in Jorban unter Mitwirkung der Bergkapellen Elise II. und Leonhard um 8 Uhr in Bewegung und nahm seinen Weg durch Jorban, Geßfährte nach Mücheln über den Marktplatz nach dem Schützenhaus, Schützenstraße, Promenadestraße nach dem sogenannten Spinger Platz. Dort wurde ein großer Feuertempel errichtet. Der Feuertempel war 8 Uhr in Brand gelegt worden war. Nach Abklingen des Deutschlandliedes ergriß der Vorsitzende der Stahlhelmgruppe Mücheln, Herr Lehrer Steller, das Wort und führte kurz folgendes aus: Schon bei den alten Germanen bestand die Sitte, Feuer aufzulassen zu lassen, wenn sie ihre Verträge zum Kampfe aufriefen. Bereits vor 12 Jahren sind die Deutschen im Kampf gegen die Fremden über die gelungene Befreiung Deutschlands. Auch heute aber erglühn unsere Herzen für unser Vaterland in der Erinnerung an den Geburtstag unseres unergieblichen Bismarck. Bismarck und Napoleon waren die beiden größten Kämpfer des vorigen Jahrhunderts, deren Erbennachkommen sich heute in Mücheln an dem Tag der Geburt ihres Vaters in Mücheln, Herr Bismarck, haben die Welt zu einem neuen und leuchtend noch heute ungetrübt. Die düstere Zeit, in der wir uns befinden, macht uns, Kraft zu suchen in der Vergangenheit zu einer neuen Erhebung und Entfaltung. Die Mühenzeit und Entschlossenheit Bismarcks soll unser Vorbild sein. Wir müssen uns festhalten und Kraft erheben gegen unsere Feinde und eine neue Zukunft schmieden aus der ruhmreichen Vergangenheit. Wir müssen heraus aus den Fesseln der letzten Zeit zur Volksgemeinschaft. In unserem Volke erdirt der Ruf nach einem Führer. Das kann nur ein Mann sein, der das Vertrauen des Volkes besitzt. Bismarcks Geist soll uns den Weg zum Ziele weisen.

Nach Abklingen des Deutschlandliedes fand die Feier mit dem großen Feuertempel ein würdiges Ende. Der Zug mit dem über 700 Personen umfassenden, marschierter über Erpingen, wo der große Feuertempel errichtet wurde, nach dem Karabardmarkt abgenommen wurde, nach dem Marktplatz und löste sich hier auf. Die Feier wird bei den Teilnehmern und den zahlreichen Zuschauern ihre Wirkung nicht verfehlen haben und dazu beitragen, daß mancher in sich geht zum Besten unseres Vaterlandes.

Mücheln. Seine Ansicht. Kommt da dieser Tage ein diebischer Handwerker nach dem Polizeibüro und erklärt, daß er eine Anzeige zu erstatten habe. Auf die Frage, was er anzeigen wolle, antwortete er entrückt, daß das Finanzamt „wegen Erpressung“ ergriffen, daß das Finanzamt beschleunigen bereits beschafft, jetzt würde ihm das Finanzamt einen „jämmerlichen“ Fragebogen und drohe ihm das noch eine Geld- oder Haftstrafe an. Als erdrarer Handwerker löste er sich das doch nicht bieten lassen. Ihm wurde erklärt, daß er sich das doch nicht bieten lassen. Ihm wurde erklärt, daß er sich das doch nicht bieten lassen.

Mücheln. Am 27. März veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Königin-Luise-Vereins einen Vortrag über die Bedeutung der Frauenbewegung. Die Vortragende, Frau Dr. H. H. H., sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung. Die Vortragende, Frau Dr. H. H. H., sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung.

Mücheln. Am 27. März veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Königin-Luise-Vereins einen Vortrag über die Bedeutung der Frauenbewegung. Die Vortragende, Frau Dr. H. H. H., sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung. Die Vortragende, Frau Dr. H. H. H., sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung.

Mücheln. Am 27. März veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des Königin-Luise-Vereins einen Vortrag über die Bedeutung der Frauenbewegung. Die Vortragende, Frau Dr. H. H. H., sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung. Die Vortragende, Frau Dr. H. H. H., sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung.

Nieder-Görschütz. Wie an anderen Orten, so veranstalteten auch hier die Ortsgruppen des Stahlhelm, Wehrwolf und Jungmännerorden von Ober- und Nieder-Görschütz eine große Gedenkfeier der Erinnerung an den großen Helden Otto v. Bismarck. Die Feier wurde von den Vereinen mit 16 Jahren teil: Stahlhelm, Nieder-Görschütz, Wehrwolf Nieder-Görschütz, Schwarzrot Nieder-Görschütz und Grumpa, Jungfrauen der Nieder-Görschütz, Jugendgesellschaft Nieder-Görschütz, die Kriegervereine Nieder-Görschütz, Siedlich, Erpingen und Wehring, Schützengesellschaft Nieder-Görschütz, Erpingen und Siedlich, Bergmannsvereine Nieder-Görschütz, Marinevereine, Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeitervereine, die Arbeitervereine Concordia und Liebertal Nieder-Görschütz. Der Fackelzug setzte sich vom Weichbild in Jorban unter Mitwirkung der Bergkapellen Elise II. und Leonhard um 8 Uhr in Bewegung und nahm seinen Weg durch Jorban, Geßfährte nach Nieder-Görschütz über den Marktplatz nach dem Schützenhaus, Schützenstraße, Promenadestraße nach dem sogenannten Spinger Platz. Dort wurde ein großer Feuertempel errichtet. Der Feuertempel war 8 Uhr in Brand gelegt worden war. Nach Abklingen des Deutschlandliedes ergriß der Vorsitzende der Stahlhelmgruppe Nieder-Görschütz, Herr Lehrer Steller, das Wort und führte kurz folgendes aus: Schon bei den alten Germanen bestand die Sitte, Feuer aufzulassen zu lassen, wenn sie ihre Verträge zum Kampfe aufriefen. Bereits vor 12 Jahren sind die Deutschen im Kampf gegen die Fremden über die gelungene Befreiung Deutschlands. Auch heute aber erglühn unsere Herzen für unser Vaterland in der Erinnerung an den Geburtstag unseres unergieblichen Bismarck. Bismarck und Napoleon waren die beiden größten Kämpfer des vorigen Jahrhunderts, deren Erbennachkommen sich heute in Nieder-Görschütz an dem Tag der Geburt ihres Vaters in Nieder-Görschütz, haben die Welt zu einem neuen und leuchtend noch heute ungetrübt. Die düstere Zeit, in der wir uns befinden, macht uns, Kraft zu suchen in der Vergangenheit zu einer neuen Erhebung und Entfaltung. Die Mühenzeit und Entschlossenheit Bismarcks soll unser Vorbild sein. Wir müssen uns festhalten und Kraft erheben gegen unsere Feinde und eine neue Zukunft schmieden aus der ruhmreichen Vergangenheit. Wir müssen heraus aus den Fesseln der letzten Zeit zur Volksgemeinschaft. In unserem Volke erdirt der Ruf nach einem Führer. Das kann nur ein Mann sein, der das Vertrauen des Volkes besitzt. Bismarcks Geist soll uns den Weg zum Ziele weisen.

Siebnitz. 1. April. Mit dem heutigen Tage kann der Fackelzug in der Gegend von Siebnitz auf eine 25jährige ereignisreiche Tätigkeit in der Gemeinde zurückgeführt werden. Der Gedenkzug wurde durch ein im Auftrag der politischen Gemeinde von der Bergkapelle Elise II. dargebrachtes Ständchen eingeleitet. Mittags 12 Uhr wurde ihm in Anerkennung seiner großen Verdienste von den drei überörtlichen Kirchenvereinigungen, Schulvorstand und Gemeindeverwaltung eine goldene Uhr mit einer Inschrift überreicht. Aus allen den Anreden ging hervor, in welchem Maße seine Verdienste geschätzt werden. Die glockenartige Weisheit und Blumen legen Zeugnis von seiner allgemeinen großen Beliebtheit ab. Morgen Abend findet ihm zu Ehren eine von Seiten der Wehrkraft vorbereitete Schaulust für Eltern und Kinder im Gasthof Fleischer statt.

Aus dem Reiche.

Zeitz. Rednerreden auf sächsischen Friedhöfen. Auf dem Gottesacker des Bergarbeiterdorfes Thifien bei Zeitz wollte ein Redner eine Grabrede halten. Der Redner sehr unklar und behaltene Redner erklärte, die Grabrednerumgebung notwendige Grabreden hierzu geben zu wollen, jedoch der Sprecher darauf nachdrücklich. Dieser glaubte aber, daß er nicht angezweifelt zu sein, weshalb ihm der Totengräber zu Beginn der Rede eine Mitteilung des Gemeindeführers übergeben mußte, die ihn aufforderte, den Gottesacker zu verlassen. Da er dem nicht nachkam, wurde Strafzettel wegen Verstoßes ausgestellt. Am nächsten Morgen wurde er mit 50 Mk. Geldstrafe oder hinführende 10 Tage Gefängnis.

Noflan. Von hinführenden Verordnungen wurde ein ungeratener 10-jähriger Bursche im letzten Augenblick daran gehindert, daß es sich auf fange.

Wittenberg. Ein Autogefährder erlitt bei der Explosion eines Zersetztes derartige Brandwunden, daß er kurz darauf im Krankenhaus starb.

Wittenberg. Katharinentag. Am 13. Juni werden 400 Jahre vergangen sein, seit Maria Luther durch seine Heirat mit Katharina v. Bora den Grund zum evangelischen Bekenntnis legte. Dieser Tag soll in Verbindung mit dem Wittenberger Katharinentag, dem Muttertag der Frauenvereine sehr ausgebaut und den evangelischen Frauenvereinen Deutschlands durch eine größere Feier festlich begangen werden. Als vorläufiges Programm ist vorgesehen: Sonnabend, den 13. Juni, Eröffnungsgottesdienst in der Stadt- und Begräbnisabend; Sonntag, den 14. Juni, Festgottesdienst in der Stadtkirche (Festpredigt Gen.-Sup. Prof. Dr. Schölerer-Magburg), Festakt in der Schloßkirche mit Vortrag „Katharinentag“ und den Evangelien, Katharinentag, Begrüßung der Teilnehmer durch die Stadt, Aufzählung des Schlußaktes der „Meisteringer“ im Schloßhof. Am 15. und 16. Juni soll eine Arbeitstagung der Frauenvereine Deutschlands anstehen.

Luebnitz. Gänse als Leberläufer. In den Niederparnangsleitungen wegen der Leberläufer. Die Wägen sind in letzter Zeit ganz auffällig die Störungen dadurch entstanden, daß Gänse in die Leitungen geflogen sind, wodurch die Leitungen nicht mehr reifen, sondern auch die Züge in den bei den Transformatorstationen abgelaufen. Nachforschungen klärt die wärende Befragung des Landratsamts aus, die in ihrem Schlußteil lautet: In den meisten Fällen gelang es aber nicht, die Wägen der Tiere (die man häufig nachts mit) ausfindig zu machen, da die Wägen sich darin nicht finden, sich gelegentlich nicht zu veran.

Uebigau. Der jährliche Lohn des Arbeiters W. u. d. wurde in Rauchhammer, Kreis Liebenwerda, von einem Auto überfahren. In der Nacht zum Tod sofort eintrat. Das Unglück ereignete sich bei einer Zuspätsendung, wo das Auto den Wägen nicht sehen konnte, und ihm daher gerade entgegenfuhr.

Jena. Der Eisenbruder Joseph Schinner im Bonifaziuskloster Jünfeld kam einer Maschine zu nahe und wurde getötet.

Jena. Kommunale Schamlosigkeit. In Jena gegen am Sonntag kommunale eine schwarz-weiß-rote Fahne hinter einem Verbotenen aber im Rot der Gasse, während die Zwölfstunde über den Anfall des Wagens wehte. Eine Tat von außerordentlich niedriger schäferlicher Bestimmung die offensichtlich noch eine gerichtliche Sühne finden wird!

Greiz. Der Fehlbetrag im Haushaltsplan beträgt 800 000 Mk. Die vom Ortsbürgermeister beantragten Schulneubauten können daher nicht ausgeführt werden. Von sozialdemokratischer Seite ist beantragt, das vom Theaterverein vermalte Greizer Theater in häßliche Verwallung zu übernehmen.

Frankenhäuser. Das Bahngelände der Stadt wird niedergelegt. Der Turn der Oberseite, der seit 743 Jahren als einer Zuspätsendung, wo das Auto den Wägen nicht sehen konnte, und ihm daher gerade entgegenfuhr.

Zeitz. Feststellung von Nichtwählern. Der Rat der Stadt wird jetzt die Wählerlisten voraussichtlich nach dem Reichspräsidentenwahl zur Einigkeit öffentlich auslegen lassen, um eine Nachprüfung der Beteiligung der Nichtbeteiligung an den Wahlen zu ermöglichen.

Zeitz. Ein Mord. Vor der Gedächtnisfeier im Hauptbahnhof ist hier ein 20-jähriger Arbeiter von einem Unbekannten wiederholt mit dem Kopf auf die mit Eisenblech beschlagene Tafel und an nach einem Schußgeißel gefahren worden, so daß der junge Mann mit einer Stirnverletzung lebensgefährlich liegen blieb. Als der Täter sah, was er angerichtet, ging er davon.

Zeitz. Zusammenstoß zwischen Straßenbahn und 2000 Pkw. Ein Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und 2000 Pkw. Ein Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und 2000 Pkw. Ein Zusammenstoß zwischen einer Straßenbahn und 2000 Pkw.

des Schlossers Wilhelm Schmitz, der zur Last gelegt wurde, in 28 Fällen gewerbetätige Abrechnung und in 2 Fällen Kindesmord verübt zu haben. Als gefällig war die Verhandlung, die unter Aufsicht unter Anklage gestellt wurde, erwiderte mit der Beurteilung der Hauptangelegenheiten zu 5 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Gefängnis. Auf angelegte Frauen und Männer wurden freigesprochen. Die übrigen Angeklagten erlitten unter Zustimmung von Strafauflösung Gefängnisstrafen.

Hagen. Zirkusunfall. Bei einer Vorstellung des Zirkus Pöhlmann ging einer der Reiter über die Ränge und verletzte einen Zuschauer. Die Freiheit des recht verurteilten Tieres dauerte jedoch nur wenige Minuten; in der Breite Straße fing man es wieder ein.

Frankfurt a. M. Wegen Mordes zu Tode verurteilt wurde vom Schurigen nach vierjähriger Verurteilung der Fehlbetrag Fritz Michel aus Klingstadt. Dem Angeklagten wurde am Abend des 28. November 1923 auf dem Gelände des sächsischen Strafkamers den Buchhalter Heinrich Michel zu Tode aus Verurteilung, der ihm 3000 Dollar gegen Goldmark verkaufen wollte, einen Trunt Mittelstück verabschiedet, in dem sich Zirkus in befand. Landmann fuhr darauf in einen Startkampf, wurde von Michel um die Dollar, die übrigens nicht mehr fähig waren, befohlen und nach dem Main abgeholt. Vier Monate später landete man die Zeitschändung an Adelweiser, der die Angeklagten für überführt angehen.

Köln. Auf dem Wasserwerk in Köln ereignete sich ein furchtbares Explosionsunglück. Bei Brennbohrarbeiten sollte eine Sprengpatrone, die sich nicht entzündet hatte, nachgefüllt werden, wobei sie explodierte. Vier Mann wurden auf der Stelle getötet, ein fünfter schwer verletzt.

Hamburg. Einem Schwindler mit gefälschten Eisenbahnfahrkarten 2. Kl. hat die Kriminalpolizei auf die Spur. Schon seit längerer Zeit waren gefälschte nachgemachte Eisenbahnfahrkarten im Umlauf. Die Ermittlung der Fahrläufer gelang. Die Reichsbahnpolizei wurde empfindlich geschädigt. Schließlich wurden die Fahrläufer entdeckt und die Schwindler beim Einlaufen des Frankfurter Zuges auf dem Hamburger Hauptbahnhof von der hiesigen Eisenbahn-Kriminalpolizei verhaftet. In dem mitgeführten Eisenbahnfahrkarten besaß er ein vollständiges Verzeichnis der mit rechtlichem Typenmaterial. Außerdem barg der Koffer nach große Mengen fertiger und halbfertiger Fahrkarten. Es handelt sich um den bereits vorbereiteten Anstaltler Oskar Schöne aus Schwäbisch-Hall und den Reisenden Karl Lampers aus Hamburg.

Hamburg. Der Hamburger Dampfer „Lobnitz“, nach Rotterdam mit Schiffsatz ausgehend, ist bei Norddeich 6 Rotterdam verunglückt. Die Besatzung, die sich dort befand, wurde gerettet. Die Besatzung, die sich dort befand, wurde gerettet.

Aus dem Gerichtssaal.

Merseburg, den 2. April 1925.

Der Arbeiter Ernst und Hermann Sp. aus Keulberg haben unter der Anklage, am 7. Dezember 1924 dreihundert Pfund Äpfel gestohlen und den Kauf G. überlich mitschuldig zu haben. Für den ersten Punkt der Anklage kam nur Fehlbetrag in Frage; und da sein Antrag vorlag und die Sache verurteilt war, wurde das Verfahren eingestellt. Wegen Mordverurteilung wurde der Angeklagte Ernst Sp. zu 50 Mk. Geldstrafe bezugl. 10 Tagen Gefängnis, beteiligte Hermann Sp. zu 20 Mk. bezugl. 4 Tagen verurteilt. Der Arbeiter Otto B. aus Lohau hatte am 3. Dezember 1924 im Lohauer aus einem verlassenen Schrank dem Arbeiter E. eine Kistenmappe und zwei Haarschneidemaschinen genommen. Das Gericht erkannte auf 4 Monate Gefängnis. Der Arbeiter S. von hier hatte Einbruch erlitten gegen eine polizeiliche Strafverurteilung, die ihn beschuldigte, seinen Laden um 1 Uhr abends nicht geschlossen zu haben. Der Einbruch wurde vor Eintritt in die Verhandlung zurückgenommen.

Nachdem dem Arbeiter Wolf K., der die Beamten des hiesigen Wohnungsamtes in einem Brief an den Amtsbaupolizei befehligt hatte, Katenzahlung von insgesamt 100 Mk. begehrt, am 15. April, befehligt worden war, mahnte er seinen Einbruch zurück. Wegen den Kraftwagenführer Martin J., aus Leina war eine Strafverurteilung des Amtes Dürrenberg ergangen, wonach er am 6. Januar 1925 mit einem Kraftwagen die Brücke in Dürrenberg passiert haben sollte, ohne das Weidengeld zu bezahlen. Die Beweisführung ergab, daß der Angeklagte, der Weidengeld nicht bezahlt hat, die genannte Brücke gefahren hat. Er wurde freigesprochen.

Aus demselben Grunde erkannte das Gericht auf Freisprechung des wegen übermäßig Geschwindigkeit angeklagten Kraftwagenführers Hermann K.

Der Fabrikarbeiter Ernst S., aus Zeitz wurde angeklagt, die Erbschaft Baldys übermäßig schnell in seinem Kraftwagen durchfahren zu haben. Er hatte Einbruch erlitten gegen die ihm auferlegte Polizeistrafe und wurde freigesprochen.

In der Strafsache gegen den Kaufmann Max Sch. aus Halle, der Einbruch erlitten gegen eine polizeiliche Strafverurteilung wegen Benutzung fahrerlicher Scheinwerfer, erkannte das Gericht auf Befreiung der Strafe in Höhe von 15 Mk.

Gegen den Monteur Gustav S., war ein antisächsischer Strafbescheid ergangen. Ihm wurde zur Last gelegt: 1. nach seiner Entlassung aus einer hiesigen Firma Kundengelder eingezogen und 2. Karosfellen derselben Firma entwendet zu haben. Der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Milchhändler Ernst K., aus Köpzig verkaufte nach unter dem Namen Milch verkauft zu haben. Es konnte dem Angeklagten keine Schuld nachgewiesen werden, er wurde freigesprochen.

Der Polizeiwachmeister Kurt S., von hier stand unter der Anklage, im Jahre 1924 in Erfurt verurteilt zu haben, das Vermögen des Modellers Ernst M. zu schädigen. Die Beweisführung konnte dem Angeklagten Betrugsschuld nicht nachweisen, er wurde daher freigesprochen. Die Ehefrau Pauline K., aus Klein-Dittrau hatte im Januar d. J. an Behörden den Kreisaustrich-Direktor Paul K. in seiner Eigenschaft als Beamter des Kreiswohnungsamtes befehligt. Nach längerer Verhandlung auf die Strafsache eine Erklärung ab, wonach sie die betreffenden Verfügungen demnach zurücknimmt und sich verpflichtet, eine Buße von 100 Mk. an die Kreis-kommunalfiskal Merseburg binnen drei Monaten zu zahlen. Im übrigen wurde die Verhandlung vertagt, damit der Vertreter des Nebenklägers, des Landrats G., sich mit diesen neuen Stellungnahme zu dieser Erklärung in Verbindung setzen könne. Der Badermeister Ernst K., aus Köpzig und seine Ehefrau Ida wurden angeklagt worden, am 8. Juli 1924 in ihrem Laden fahrlässig Kunststoffe als Bienenhoch verkauft zu haben. Das Verfahren gegen die wegen Krankheit nicht anwesende Ehefrau wurde vertagt und der Angeklagte zu

